

Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

7. Sitzung • Mittwoch, 23.06.2010 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nichtöffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-----|---|----------------------------|
| 5. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 6. | Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen | I/001/2010
Gutachten |
| 7. | Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker | 40/025/2010
Gutachten |
| 8. | Konzept zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen
(Projekt Schulen.Erlangen@IT) | eGov/002/2010
Gutachten |
| 9. | Personalbericht 2009 | 11/010/2010
Beschluss |
| 10. | Inhaltliche Abstimmung der Arbeitsprogramme des Personal- und
Organisationsamtes ab dem Jahr 2011 | 11/014/2010
Beschluss |
| 11. | Inhaltliche Abstimmung des Arbeitsprogramms für das eGovernment-
Center | eGov/005/2010
Beschluss |
| 12. | Haushaltskonsolidierung 2011;
Bearbeitung des FDP Fraktionsantrages Nr. 36/2010
Tischauflage | 112/013/2010
Gutachten |
| 13. | Haushaltskonsolidierung 2011;
Mittelbereitstellung für die Beauftragung einer Beratungsfirma
Tischauflage | 112/014/2010
Gutachten |
| 14. | Mittelbereitstellung für IP Nr. 111.350 - Büroeinrichtung, Maschinen
im Rahmen der Generalsanierung "Palais Stutterheim" | 243/002/2010
Beschluss |
| 15. | Mittelbereitstellung für IvP-Nr. 217B.401A, Sanierung Christian-Ernst-
Gymnasium | 242/043/2010
Gutachten |

- | | | |
|-----|---|--------------------------|
| 16. | Weiterentwicklung der Arbeitsprogramme;
hier: Stadtkämmerei (Amt 20) | II/044/2010
Beschluss |
| 17. | Zukünftige Entwicklung des Medical Valley Europäische
Metropolregion Nürnberg | II/045/2010
Beschluss |
| 18. | Entwicklung der Arbeitsplatzsituation der Siemens AG am Standort
Erlangen; SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010 | II/046/2010
Beschluss |
| 19. | Antrag auf Förderung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten
beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | 31/034/2010
Gutachten |
| 20. | Anfragen | |

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 16. Juni 2010

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/GEWOBAU-ZGC-2970

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
I/001/2010

Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	24.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen wird zur Kenntnis genommen.

Die Vertretung der Stadt Erlangen wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der GEWOBAU Erlangen den folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2009, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB des Prüfers versehen ist, fest.
2. Die Gesellschafterversammlung folgt dem vom Aufsichtsrat gebilligten Vorschlag der Geschäftsführung und beschließt:
 - a. Auf Zahlung einer Dividende wird für 2009 verzichtet.
 - b. Der Jahresüberschuss von € 2.278.242,46 wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Dem Aufsichtsrat wird für das Jahr 2009 Entlastung erteilt.
4. Die Gesellschafterversammlung wählt auf Empfehlung des Aufsichtsrates die pb Revision GmbH & Co. KG als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 einschließlich der Prüfung nach § 53 HGrG.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die vom Vertreter der Stadt Erlangen in der Gesellschafterversammlung abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrats der Zustimmung des Stadtrats bzw. des zuständigen Ausschusses

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- ☐ sind nicht vorhanden

Anlagen: Geschäftsbericht 2009

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

1. JAHRESABSCHLUSS

1.1. Bilanz zum 31.12.2009

BILANZ ZUM 31.12.2009

AKTIVA

	€	Geschäftsjahr €	(Vorjahr) €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		75.281,94	62.538,94
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	235.358.294,21		231.975.031,19
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	1.219.900,72		1.255.757,72
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	524.589,04		524.589,04
4. Bauten auf fremden Grundstücken	128.156,51		142.380,51
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	199.451,89		216.906,83
6. Anlagen im Bau	2.716.846,72		0,00
7. Bauvorbereitungskosten	331.246,89	240.478.485,98	298.424,05
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	25.000,00		25.000,00
2. sonstige Ausleihungen	3.150,00	28.150,00	4.950,00
Anlagevermögen insgesamt		240.581.917,92	
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
1. unfertige Leistungen	13.722.719,42		13.500.423,37
2. andere Vorräte	21.084,85	13.743.804,27	34.856,15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Vermietung	114.095,18		133.902,23
2. Forderungen aus Grundstücksverkäufen	232.693,69		241.653,69
3. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	669.376,14	1.016.165,01	186.819,08
III. Flüssige Mittel			
Kassenbestand, Postgiroguthaben		7.226.046,99	7.228.078,45
Guthaben bei Kreditinstituten			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		175.921,02	216.549,36
Summe		262.743.855,21	256.047.860,61

PASSIVA

		Geschäftsjahr	(Vorjahr)
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		1.000.000,00	1.000.000,00
II. Kapitalrücklage		77.896,21	77.896,21
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	500.000,00		1.000.000,00
2. Rücklage aus Überzahlung gesellschaftsvertraglicher Rücklagen	500.000,00		
3. andere Gewinnrücklagen	33.227.551,19	34.227.551,19	30.654.702,21
IV. Jahresüberschuss		2.278.242,46	2.572.848,98
Eigenkapital gesamt		37.583.689,86	35.305.447,40
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	125.588,00		128.326,00
2. Rückstellungen für Bauinstandhaltung	15.411.325,51		14.405.009,32
3. sonstige Rückstellungen	2.396.718,54	17.933.632,05	2.357.174,31
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	167.607.747,90		163.386.956,43
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	22.427.302,05		22.626.219,08
3. erhaltene Anzahlungen	15.114.300,99		14.684.333,89
4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	289.807,41		1.007.832,35
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.534.116,97		1.583.405,68
6. sonstige Verbindlichkeiten	17.789,14	206.991.064,46	78.547,49
davon a. Steuern € 8.008,95; (Vj.: € 6.324,99)			
D. Rechnungsabgrenzungsposten		235.468,84	484.608,66
Summe		262.743.855,21	256.047.860,61

1.2. Gewinn- und Verlustrechnung

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2009

	€	(Vorjahr) €
UMSATZERLÖSE		
a. aus der Hausbewirtschaftung	41.606.240,14	40.179.795,15
b. aus Verkauf von Grundstücken	0,00	4.054.493,99
c. aus Betreuungstätigkeit	142.309,60	95.730,48
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen oder unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	222.296,05	-1.674.691,60
Andere aktivierte Eigenleistungen	235.700,00	147.091,00
Sonstige betriebliche Erträge	1.902.652,77	1.535.472,84
Aufwendungen für bezogene Lieferun- gen und Leistungen		
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	21.778.274,67	20.692.141,47
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	234.550,20	1.012.591,20
Aufwendungen für and.Lief.u.Leist.	61.440,51	71.294,66
ROHERGEBNIS	22.034.933,18	22.561.864,53
Personalaufwand		
a. Löhne und Gehälter	3.056.377,25	2.963.275,27
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unter- stützung; davon für Altersversorgung € 318.225,53 (Vj.: € 303.046,04)	939.571,64	893.151,97
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.176.188,68	6.787.494,45
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.327.079,25	2.454.510,70
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	89.772,20	403.389,73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.342.851,24	7.290.287,89
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	2.282.637,32	2.576.533,98
Sonstige Steuern	4.394,86	3.685,00
JAHRESÜBERSCHUSS	2.278.242,46	2.572.848,98

2. LAGEBERICHT

2.1. Geschäft und Rahmenbedingungen

2.1.1. Allgemeines

Die Politik in Deutschland hat sich neu formiert. Ende Oktober 2009 unterzeichneten die Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP den gemeinsamen Koalitionsvertrag „Wachstum, Bildung und Zusammenhalt“. Welche Auswirkungen haben nun die Erklärungen der Regierungsmehrheit auf die Wohnungswirtschaft?

Wie der Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Lutz Freitag, erklärte, enthält der Koalitionsvertrag eine Reihe positiver Aspekte für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Hervorzuheben sind die Themen der Städtebauförderung, des Stadtumbaus Ost und West sowie das Projekt Soziale Stadt. Neben steuerlichen und mietrechtlichen Aspekten ist ein wesentlicher Inhalt die geplante Überprüfung des geltenden Energie- und Klimaprogramms (IKEP).

Auch die bayerische Regierung will mehr tun, um die Bautätigkeit zu beleben. Nach Aussagen des Staatsministers des Innern, MdL Joachim Herrmann, werden die Wohnraumförderung und die Städtebauförderung in Bayern auf hohem Niveau gehalten. Ebenso wird sich die Politik dafür einsetzen die Rahmenbedingungen für Wohnungsunternehmen zu verbessern.

Die Aussagen werden mit dem Programmsatz des Artikels 106 der Bayerischen Verfassung unterstrichen: In Absatz 1 heißt es: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“ Weiter ist in Absatz 2 darin zu lesen, dass „die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen Aufgabe des Staates und der Gemeinden ist“.

Nun ist die Wohnraumförderung auf mehreren Säulen aufgebaut. In der konkreten Umsetzung unserer Sanierungs- und Neubauvorhaben haben wir in der Vergangenheit die von der Politik auf den Weg gebrachten Förderungen im Rahmen unserer Möglichkeiten ausgeschöpft. Auch die Stadt Erlangen hat bislang die Wohnraumförderung unterstützt. Wie gelingt dies in heute haushaltstechnisch schwierigen Zeiten?

Sicherlich ist der Klimawandel einhergehend mit einer umfänglichen CO₂-Reduzierung und Energieeinsparung eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. In der Umsetzung dieses Ziels müssen aber auch noch zwei wesentliche Randbedingungen erfüllt sein. Insbesondere unsere Sanierungsvorhaben müssen wirtschaftlich darstellbar sein und unserem Gesellschaftszweck folgen, nämlich bezahlbaren Wohnraum für diejenigen zu schaffen, die sich den Mietpreis auf dem freien Wohnungsmarkt nicht leisten können.

2.1.2. Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das Kerngeschäftsfeld Bewirtschaftung der GEWOBAU hat sich trotz Wirtschaftskrise positiv entwickelt. Wir konzentrierten uns weiter auf die Sanierung diverser Häuser und haben mit einer Neubaumaßnahme von 47 Seniorenwohnungen begonnen. Weitere Neubauprojekte sind in den Endzügen der Planung. Auch in diesem Jahr knüpfen wir an die Ergebnisse der Vorjahre an.

2.1.3. Kundenservice

Das Hauptgeschäft der GEWOBAU, die Vermietung von Wohnraum, läuft weiterhin sehr gut. Die Umsatzerlöse aus der Vermietung betragen im Geschäftsjahr € 28,6 Mio. und haben sich durch regelmäßige Mietanpassungen und Mieterhöhungen aufgrund von Sanierungen im Jahr 2009 um 1,9 % gesteigert.

 Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Erlangen Nägelsbachstr. 55 a 91052 Erlangen	Geschäftsbericht 2009	
		Seite 5 von 11

Im Bereich der öffentlich geförderten Wohnungen nehmen wir einen jährlichen Ertragsverzicht in Höhe von T€ 652,2 hin. Der Ertragsverzicht hat sich bis zum Bilanzstichtag weiter erhöht, da Pauschalenerhöhungen bei Wechsel der Baualtersklassen nicht durchgängig weitergegeben werden konnten. Im modernisierten frei finanzierten Bestand bietet die GEWOBAU eine Subjektförderung an, um auch hier ausgewogene Bewohnerstrukturen zu ermöglichen. Diese freiwilligen Ertragsverzichte belaufen sich in diesem Jahr auf insgesamt T€ 66,9.

Die Nachfrage am Erlanger Wohnungsmarkt war 2009 anhaltend hoch und daher äußerst zufriedenstellend. Im Dezember waren nur 6 Wohnungsleerstände zu verbuchen. Besonders bei Kleinwohnungen für 1- bis 2-Personenhaushalte und bei Großwohnungen für einkommensschwache Familien ist eine starke Nachfrage zu verzeichnen. In den letzten Jahren sind viele Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Um das Angebot an Sozialwohnungen zu erweitern, ist eine Sanierung von ca. 600 einfachen Wohnungen nach zeitgemäßem energetischem Standard geplant. Es ist beabsichtigt, dass die Stadt der GEWOBAU zur Finanzierung dieser Maßnahmen einen sogenannten Mietzuschuss zur sozialverträglichen Gestaltung der Miete gewährt. Dafür gewährt die GEWOBAU der Stadt das Recht der Belegung an den ca. 600 bisher frei finanzierten Wohnungen.

Die Fluktuation (Vermietung) ist noch etwas gesunken und liegt mit 7,7 % auf dem niedrigsten Stand seit Jahren (Vorjahr 7,8 %). Grund ist der enge Wohnungsmarkt in Erlangen. Die Verfolgung der Mietaußenstände unserer Kunden nimmt in unserer täglichen Arbeit einen sehr wichtigen und dauerhaften Platz ein. Die unbereinigten Mietforderungen belaufen sich auf T€ 224,8 und betragen für das Jahr 2009 ca. 0,53 % der Monatsmieten inklusive Umlagen.

Im Sinne des Wohnungsbindungsgesetzes ist die Stadt Erlangen als „Gebiet mit erhöhtem Wohnraumbedarf“ anerkannt. Ihr obliegt daher die Vergabe der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtgebiet Erlangen. Diese hat im Jahr 2009 insgesamt 250 GEWOBAU-Wohnungen vermittelt. Weitere 364 Wohnungsvergaben wurden von uns geleistet. Insgesamt vergibt die GEWOBAU 23 % ihrer Wohnungen an Ausländer und Aussiedler. Damit wird deutlich, dass die Integration in den Siedlungen der GEWOBAU stattfindet. Bewohner und GEWOBAU würden sich hierbei deutliche Unterstützung durch die Politik wünschen. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger (inkl. ALG-II-Empfänger) lag in 2009 mit 25 % etwas höher als im Vorjahr (23 %). Die relativ hohe Quote ist damit begründet, dass die GEWOBAU im Stadtgebiet Erlangen ca. 84 % aller öffentlich geförderten Wohnungen bereitstellt.

Die Stadt Erlangen erreicht bei den kreisfreien Städten bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (80.518) mit 763 Beschäftigten auf 1000 Einwohner eine vergleichsweise exzellente Arbeitsplatzdichte in Bayern. Die Arbeitslosenquote von 4,4 % hat sich im Jahresverlauf (Vorjahr 3,8 %) um 0,6 Prozentpunkte erhöht. Damit liegt Erlangen bei den Städten dennoch an der Spitze in der Metropolregion Nürnberg.

Die Wohnbevölkerung Erlangens ist laut Aussage des städtischen Amtes für Statistik im Jahr 2009 weiter auf 105.529 Einwohner (Vorjahr 104.962) gestiegen. Ursächlich hierfür ist der anhaltende Zuzug in die Neubaugebiete Röthelheimpark und Erlangen West. Der Ausländeranteil beträgt dabei 15.685 Personen und hat sich im Jahresverlauf 2009 kaum verändert. Der Anteil ausländischer Personen an der Gesamtbevölkerung Erlangens bewegt sich schon seit 2001 bei etwa 15 %. Wir schätzen die Bevölkerungsentwicklung für den Raum Erlangen mittel- bis langfristig auf ähnlichem Niveau mit einem eher stagnierenden Verlauf ein.

2.1.4. Bautätigkeit

Im April konnte unter Teilnahme zahlreicher Gäste mit dem ersten Spatenstich der Baubeginn der Seniorenwohnanlage in der Pommernstraße gefeiert werden. Die Arbeiten verliefen zügig, die Baustelle

 Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Erlangen Nägelsbachstr. 55 a 91052 Erlangen	Geschäftsbericht 2009	
		Seite 6 von 11

blieb exakt im vorgegebenen Bauzeitenplan. Dadurch war es möglich bereits im September unter Anwesenheit des bayerischen Innenministers sowie zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens Richtfest zu feiern. Der Bezug der 47 Seniorenwohnungen ist für Juli 2010 vorgesehen.

Die Baumaßnahme an der Kurt-Schumacher-Straße wird voraussichtlich erst im Herbst 2010 realisiert werden können. Der im Herbst eingereichte Bauantrag wurde bislang nicht genehmigt, da bezüglich der Anzahl der zu errichtenden Stellplätze sowie der zu erwerbenden Grundstücksfläche mit dem Bauaufsichtsamt noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Für das Areal Elisabeth-/Wilhelminenstraße wurde unter Begleitung eines externen Beraters ein Architektenwettbewerb durchgeführt. In einer intensiven zweitägigen Beratung wurden im Dezember die eingereichten 24 Arbeiten bewertet und die Preise vergeben. Die Realisierung der Maßnahme ist für 2011 anvisiert.

Das ca. 30 Jahre alte Bürogebäude der GEWOBAU stößt aus Kapazitätsgründen an seine Grenzen. Von der Technischen Abteilung wurden deshalb Pläne für eine Aufstockung des bestehenden Gebäudes entwickelt und zur Genehmigung eingereicht.

Entsprechend unserer Portfoliostrategie wurden auch in 2009 wieder 160 Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von ca. 10.650 m² komplett saniert. Die Maßnahmen begannen in bewährter Weise im März und konnten rechtzeitig zum Jahresende abgeschlossen werden. Alle Wohnungen wurden vor Beginn der Arbeiten leer gezogen, die Mieter in Ausweichwohnungen untergebracht. Nach 4 Wochen Bauzeit konnten alle Bewohner in ihre neu gestalteten Räume zurückkehren. Anschließend wurden Fassaden, Balkone und die gesamten Außenanlagen erneuert.

Die sich bereits in den Vorjahren abzeichnende Kostensteigerung fand bei dieser Sanierung ihre Fortsetzung. Bei einem sehr niedrigen Rücklauf der angeschriebenen Generalunternehmer sind bei dieser Maßnahme Kostensteigerungen in Höhe von über 20 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen gewesen.

In der Mainstraße wurde von der Firma B&O ein Pilotprojekt konzipiert. Hier wird neben dem zentralen Ergas-Brennwertkessel eine Wasser-/Wasser-Wärmepumpe installiert, die die Nutzung der Sonnenenergie aus einer thermischen Solaranlage verbessern soll. Die Anlage ist seit Oktober in Betrieb.

In der zweiten Jahreshälfte wurden die Vorbereitungen für die Sanierungsmaßnahmen der nächsten drei Jahre getroffen. Aufgrund der Kostensituation sollte versucht werden, die Unternehmer an ein dreijähriges Angebot zu binden. Durch gezielte Überarbeitung der Ausschreibung wurde nach Einsparpotenzialen gesucht. Ebenso sollten durch Erstattung eines Unkostenbeitrages wieder mehr Bieter zu einer Angebotsabgabe gewonnen werden. Beides gelang. Zum Abgabetermin lagen insgesamt 7 GU-Angebote vor. Der Günstigste lag deutlich unter dem Preis des Vorjahres.

2.2. Darstellung der Lage

2.2.1. Ertragslage

Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 2.278,2 fällt das Ergebnis 2009 etwas unter dem des Vorjahres (T€ 2.572,8) aus. Das Ergebnis 2008 war durch die Bauträgermaßnahme begünstigt.

Der Beitrag der Hausbewirtschaftung zum Jahresergebnis fällt mit T€ 3.362,8 im Vergleich zum Vorjahr durch die Mietanpassungen aus der Sanierungstätigkeit deutlich besser aus. Die weiterhin intensive Sanierungstätigkeit belastet auch heuer wieder das Geschäftsfeld der Bautätigkeit (T€ -1.116,5). Das sonstige und außerordentliche Ergebnis aus dem Verkauf von Immobilien des Anlagevermögens fällt nach anteiligen Zinsen und Verwaltungskosten mit T€ 251,2 gegenüber dem Vorjahr (T€ 119,8) besser

aus. Das Ergebnis aus der Verkaufstätigkeit (T€ -234,5) wird hauptsächlich durch die bevorstehende Sanierung eines verkauften Parkhauses belastet.

2.2.2. Finanzlage

Der Cashflow aus dem Vorjahr konnte durch die positive Veränderung der langfristigen Rückstellungen (Umgliederung) gesteigert werden. Die höheren Abschreibungen kompensierten das niedrigere Jahresergebnis. Im Vorgriff auf die Änderungen aus dem BilMoG wurde für das Geschäftsjahr 2009 keine neue Rückstellung für Bauinstandhaltung mehr gebildet.

Cashflow	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	2.278,2	2.572,8	-294,6
Abschreibungen	7.176,2	6.787,5	388,7
Veränderung langfristiger Rückstellungen	1.003,6	314,1	689,5
Cashflow	10.458,0	9.674,4	783,6

Unsere langfristigen Investitionen sind ausreichend mit langfristigem Fremdkapital sowie mit Eigenkapital finanziert. Die Eigenmittelquote in Höhe von 20,2 % der Bilanzsumme konnte gegenüber dem Vorjahr (19,4 %) verbessert werden.

Unsere langfristigen Fremdmittel haben sich erhöht. Den planmäßigen (€ 5,8 Mio.) und außerplanmäßigen (€ 0,7 Mio.) Tilgungen standen Neuvaluierungen in Höhe von € 10,4 Mio. gegenüber. Diese sind auf eine überschaubare Anzahl Kreditgeber verteilt. Die in 2009 ausgezahlten Fremdmittel betrafen die Sanierung 2008 und 2009. Die Fremdmittel für die Sanierung 2009 werden teilweise erst in 2010 valuiert.

Die Eigenmittel sind in Höhe des Jahresergebnisses und der Umgliederung in die Rückstellung für Bauinstandhaltung gestiegen. Die kurzfristigen Fremdmittel haben sich nur unwesentlich erhöht.

Im Jahr 2000 wurde zur Absicherung steigender Zinsen für die Fremdmittelaufnahme bevorstehender Sanierungen eine Zins-Swap-Vereinbarung mit einer Laufzeit vom 28.06.2002 bis 29.03.2013 geschlossen. Der abgesicherte Nominalbetrag lautet zum 31.12.2009 auf € 3,21 Mio. Die Vereinbarung dient zur Absicherung auf einen Zinssatz von 5,99 % und zur Begrenzung der Risiken eines Darlehensvertrages auf Euribor-Basis.

Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und wird auch künftig hierzu in der Lage sein.

2.2.3. Vermögenslage

Die GEWOBAU bewirtschaftete in 2009 insgesamt 7.874 Wohnungen (Vorjahr 7.991), wobei davon 2.540 noch der Preisbindung unterliegen. Darüber hinaus bewirtschaften wir 1.213 Garagen- und Tiefgaragenstellplätze sowie 44 Gewerbeeinheiten.

Vermögensübersicht

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€		T€	T€
Langfristige Investitionen	240.582	234.506	Eigenmittel	52.995	49.711
Investitionen im Verkaufsbereich	0	0	Langfristige Fremdmittel	183.536	181.016
Kurzfristige Aktiva	22.162	21.542	Fremdmittel für den Verkaufsbereich	0	0
Summe	262.744	256.048	Kurzfristige Fremdmittel	26.213	25.321
			Summe	262.744	256.048

Die Bilanzsumme der GEWOBAU hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. € 6,7 Mio. erhöht. Das Anlagevermögen hat sich im Wesentlichen um die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von € 7,2 Mio. reduziert. Durch die Aktivierung der Baukosten für die Sanierung 2009 sowie für die Pommernstraße ist das Anlagevermögen in Höhe von € 6,1 Mio. per Saldo jedoch gestiegen.

Vermögens- und Finanzlage der GEWOBAU sind geordnet.

2.3. Risiken

Die Beurteilung aller für die GEWOBAU relevanten Risiken zeigt sich im Geschäftsjahr 2009 in einigen Bereichen spürbar positiver. Auch bleiben externe Faktoren wie etwa die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zurzeit noch überschaubar. Für die absehbare Zukunft sind keine Risiken mit nennenswerten Einflüssen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der GEWOBAU zu erkennen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlässt in der produzierenden Wirtschaft ihre Spuren. Die Banklandschaft hat sich in dem für uns so wichtigen Markt der Hypothekenkredite ebenfalls deutlich verändert. Während die klassischen Hypothekenfinanzierer nur langsam wieder Fuß fassen, können andere Institutionen wie Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken und Versicherungen weiterhin gut im Markt bestehen. Wir sind nach wie vor ein attraktiver Kunde für Hypothekenfinanzierungen.

Die Arbeitsmarktlage in Erlangen hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Bei unseren Kunden nehmen wir eine leichte Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse wahr.

Die Mietforderungen entwickelten sich in diesem Jahr äußerst positiv. Langfristig zeigt sich das Niveau erfreulicherweise mit einer insgesamt fallenden Tendenz. Viele Altfälle konnten durch die intensive Arbeit des Teams Sozialmanagement zum Abschluss gebracht werden. Ende Dezember wurde sogar die Schallmauer von 300,0 T€ unterschritten. Es standen Forderungen in Höhe von T€ 276,2 zu Buche. Dies ist der niedrigste Stand seit vor über 10 Jahren. Angesichts dieser Entwicklung werden die Mietausfälle ab Januar 2010 nicht mehr als ein hohes Risiko eingeschätzt und in der Risikobewertung zurückgestuft. Allerdings kann wegen der weiterhin angespannten wirtschaftlichen Situation bei vielen unserer Kunden keine generelle Entwarnung gegeben werden. Die Entwicklung der Mietausfälle wird weiter genau beobachtet.

Die Betreuung von Mietern in Gebieten mit einseitiger Belegungsstruktur produziert einen hohen Verwaltungsaufwand. Vor allem die Beschwerdebearbeitung (64 Fälle im 4. Quartal) ist sehr zeitintensiv. Schwere Beschwerdefälle haben z.B. eine mittlere Bearbeitungsdauer von ca. 85 Tagen. Den größten Anteil mit 57 % nehmen im Jahr 2009 Beschwerden wegen störenden Wohnverhaltens ein. Durch die inzwischen gut strukturierte Arbeit im Sozialmanagement werden alle Beschwerden zeitnah bearbeitet und auch bei Langzeitfällen konnten Lösungen gefunden werden.

Bis April wurden alle sicherheitstechnischen Begehungen noch von einem hauptamtlichen Mitarbeiter der Technischen Abteilung durchgeführt. Nachdem dieser in die Ruhephase der Alterteizeit gewechselt hat, wurde der Bereich neu strukturiert. Im zweiten Halbjahr wurde diese Aufgabe von den Objektbetreuern jeweils in ihrem Gebiet übernommen. Ab dem ersten Halbjahr ab 2010 wird eine weitere Begehung von Mitarbeitern des Grünunterhaltes durchgeführt. Eine zweimalige Begehung im Jahr war und wird somit sichergestellt.

2.4. Nachtragsbericht

In der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise scheint es, als habe sich das Leben in der Bankenlandschaft wieder einigermaßen normalisiert. Das Klima in der produzierenden Wirtschaft wird allmählich freundlicher. Die öffentliche Hand, und hierbei insbesondere die Kommunen wie auch die Stadt Erlangen, bekommen die Auswirkungen dieser Krise zeitversetzt zu spüren.

Anfang des Jahres 2010 zeichnet sich ab, dass auf Grund der schwierigen Haushaltslage der Stadt Erlangen die städtischen Beteiligungen gefordert sind einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Inwieweit und in welchem Umfang die GEWOBAU hier gefordert sein wird, ist heute noch nicht abzuschätzen. In jedem Fall wird ein Beitrag, gleich welcher Höhe, Auswirkungen auf unsere Investitionstätigkeit sowie auf unsere Finanz- und Ertragslage haben.

2.5. Ausblick und Chancen

Die von der Bundesregierung initiierten flankierenden Maßnahmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen unseres Erachtens Wirkung. Sowohl die Bankenlandschaft zeigt sich entspannter und auch das Baugewerbe scheint durch das Konjunkturpaket ausgelastet zu sein. Die Prognosen für das Jahr 2010 sind positiv zu werten.

Als äußerst sinnvoll erachten wir die geplante Überprüfung des bestehenden Energie- und Klimaprogramms (IKEP). Die hohen Standards der Energieeffizienz von Gebäuden im Rahmen der EnEV 2009 müssen umfassend hinterfragt und die bestehenden Regelungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen geprüft werden. Die Wirtschaftlichkeit dieser energetischen Sanierungsmaßnahmen muss darstellbar sein.

Die GEWOBAU als größter Anbieter von preisgünstigem Wohnraum in Erlangen kann zurzeit die anhaltend hohe Nachfrage in diesem Segment nicht umfänglich bedienen. Mit unserer Gesellschafterin Stadt Erlangen haben wir im Rahmen der Bezuschussung und Vergabe von Belegungsrechten einen Weg gefunden, diese Nachfrage zu befriedigen. Der Vertrag muss noch rechtskräftig unterzeichnet werden. Mit dem Bau von zwei EOF-geförderten Bestandsobjekten mit insgesamt 107 Wohnungen versuchen wir weiter den Bedarf zu decken.

Um unserer originären Aufgabe nachzukommen, haben wir in den kommenden Jahren ein enormes Investitionspaket in Höhe von rd. € 110 Mio. zu bewältigen. Hierin enthalten sind die energetische Sanierung von 789 Wohnungen, der Neubau diverser Sozialwohnungen sowie Stadtentwicklungsmaßnahmen. Hierzu bedarf es vor allem der Unterstützung durch die Politik, die Rahmenbedingungen für die Wohnungswirtschaft den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Genau innerhalb dieser Zielsetzung erkennen wir Verschiebungen, die zu Lasten der Kommunalhaushalte gehen. Während Bund und Länder weniger Schwierigkeiten haben, ihren Haushalt aufzustellen, so trifft es die kommunalen Haushalte umso heftiger. Wie bereits im Nachtragsbericht ausgeführt, wer-

 Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Erlangen Nägelsbachstr. 55 a 91052 Erlangen	Geschäftsbericht 2009	
		Seite 10 von 11

den wir für den Fall, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten zu müssen, unsere geplanten Maßnahmen entweder verschieben oder vereinzelt streichen müssen.

Für die GEWOBAU Erlangen ist heute mehr denn je eine verlässliche Politik Voraussetzung zur Erfüllung unseres Gesellschaftszwecks. In diesem Sinne appellieren wir an Bund, Länder und Kommunen, an einem Strang zu ziehen, um ein wesentliches Grundbedürfnis zu sichern, nämlich die Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zu versorgen.

Erlangen, den 5. März 2010

gez. Karl Heinz Kamp
Geschäftsführer

3. BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2009 regelmäßig über die beabsichtigte Geschäftspolitik, über grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle sowie die Entwicklung und Lage des Unternehmens mündlich und schriftlich unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Überwachungspflicht in sechs Sitzungen wahrgenommen und alle wichtigen Angelegenheiten und grundsätzlichen Fragen ausführlich behandelt. Wesentliche Beratungsschwerpunkte waren u.a.

- der Jahresabschluss zum 31.12.2008 und der Lagebericht 2008
- die Geschäftsentwicklung,
- der Ankauf von Grundstücken in der Kurt-Schumacher-Straße/Allee am Röthelheimpark sowie in der Pommernstraße
- die Nachfolgeregelung der Geschäftsführung
- der Ankauf von Wohnungsbelegungsrechten durch die Stadt Erlangen,
- die Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Erlangen
- die Verwertung des Grundstücks in der Elisabeth-/Wilhelminenstraße (Architektenwettbewerb)
- die Sanierungsplanung 2010 bis 2012
- die Erteilung von Prokura
- die Vermietung von Dachflächen für die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen
- die Bürogebäudeaufstockung
- die Änderung von Gesellschaftsvertrag und Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat
- die Beteiligung an der SOPHIA Franken GmbH & Co. KG

Gemäß Beschluss aus der Aufsichtsratssitzung vom 15. Dezember 2009 wurden der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 und der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 317 HGB sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes von der pb Revision GmbH & Co. KG, Darmstadt geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Abschlussprüfer hat an der ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates vom 08. Juni 2010 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er stand dem Aufsichtsrat für Fragen zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat hat von den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zustimmend Kenntnis genommen und nach dem abschließenden Ergebnis seiner sorgfältigen Prüfung keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009, den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 und

 Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Erlangen Nägelsbachstr. 55 a 91052 Erlangen	Geschäftsbericht 2009	
		Seite 11 von 11

den Gewinnverwendungsvorschlag erhoben. Der Geschäftsführung wurde für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Aufgrund der gewonnenen Einblicke in die Planung und Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie des Prüfungsergebnisses kann der Aufsichtsrat bestätigen, dass sich die Geschäfte des Unternehmens in Übereinstimmung mit Gesetz und Gesellschaftsvertrag befinden. Der Aufsichtsrat billigt den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009, schließt sich dem Gewinnverteilungsvorschlag an und spricht an die Gesellschafterversammlung die Empfehlung aus, dem zuzustimmen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2009 erbrachten Leistungen.

Erlangen, 8. Juni 2010

Gerd Lohwasser
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
Ref. III /30 und Ref. I/ 40

Verantwortliche/r:
Rechtsabteilung
Frau Mahns

Vorlagennummer:
40/025/2010

Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	17.06.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	24.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 20

I. Antrag

Die Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 25.05.2010 (Anlage 1) begutachtet, bzw. beschlossen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Einführung der Erhebung von Gebühren für die Teilnehmer am Unterricht der städtischen Fachschule für Techniker wird der Vorschlag Nr. 88 aus dem Bereich 40.4 der Kommunalen Stelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) umgesetzt. Der Zuschussbedarf für die städtische Einrichtung wird damit verringert.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufgrund der Gebührensatzung werden ab dem Schuljahr 2010/2011 Gebühren erhoben. Für Unterrichtsteilnehmer, die die Schule bereits im Schuljahr 2009/2010 besucht haben, wird im Rahmen einer Übergangsregelung kein Schulgeld erhoben.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Jahresgebühren werden jeweils zum 15. November fällig und mittels Gebührenbescheiden erhoben. Weitere Einzelfälle sind in der Satzung (Anlage 1) geregelt.

4. Ressourcen

.....- entfällt -

Anlage 1: Entwurf der Gebührensatzung vom 25.05.2010

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker der Stadt Erlangen

Die Stadt Erlangen erlässt auf Grund von Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04. April 1993 (GVBl S. 264, BayRS 2024-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 460, ber. S. 580) und Art. 23 Abs. 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 471), folgende Satzung:

§ 1 Gebührenerhebung

- (1) Für die Teilnahme am Unterricht der Fachschule für Techniker werden folgende Gebühren erhoben:
 1. Schulgeld entsprechend Art. 23 Abs. 1 zweiter Halbsatz des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG)
 2. Gebühr für die Teilnahme externer Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Fachhochschulreifeprüfung.
- (2) Die Gebühren nach Abs. 1 werden in folgender Höhe erhoben:
 1. Schulgeld je Schuljahr:

a) für Vollzeitschülerinnen und -schüler	500,00 €
b) für Teilzeitschülerinnen und -schüler	250,00 €
 2. Gebühr für die Teilnahme externer Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Fachhochschulreifeprüfung

	100,00 €
--	----------

§ 2 Gebührensschuldner

- (1) Schuldner der Gebühr nach § 1 Abs.2 Nr. 1 sind die Schülerinnen und Schüler sowie die zugelassenen Gasthörerinnen und Gasthörer der Fachschule für Techniker, die nicht vor dem 20. Oktober eines Schuljahres aus der Schule ausgeschieden sind.
- (2) Schuldner der Gebühr nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 sind die externen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Fachhochschulreifeprüfung.

§ 3 Entstehen der Gebühren

(1) Die Gebühr nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 entsteht zum 20. Oktober eines jeden Schuljahres, bei späterer Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers mit der Aufnahme.

(2) Die Gebühr nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 entsteht mit der Bekanntgabe des Bescheides über die Zulassung zur Fachhochschulreifeprüfung

§ 4 Fälligkeit der Gebühren

(1) Die Gebühr nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 wird zum 15. November für das Schuljahr fällig; bei späterer Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers wird die Gebühr sofort mit der Aufnahme fällig.

(2) Die Gebühr nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 wird mit der Bekanntgabe des Bescheides über die Zulassung zur Fachhochschulreifeprüfung fällig.

§ 5 Gebühren bei vorzeitigem Ausscheiden und Rücktritt von der Prüfung

(1) Scheidet eine Schülerin oder ein Schüler während eines Schuljahres aus, so wird die Gebühr nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 jeweils für ein Schuljahr auch dann in voller Höhe erhoben, wenn die Schülerin oder der Schüler

- a) dem Unterricht fernbleibt,
- b) die Probezeit nicht besteht,
- c) vorzeitig aus der Schule austritt,
- d) vom Unterricht ausgeschlossen wird,
- e) von der Schule entlassen wird.

§ 2 Abs. 1 bleibt unberührt.

(2) Tritt eine Schülerin oder ein Schüler wegen einer Erkrankung aus der Schule aus, die ihr oder ihm den Schulbesuch für das weitere Schuljahr unmöglich macht, so werden die bezahlten Gebühren für jeden nicht begonnenen Kalendermonat anteilig zurückerstattet. Die Erkrankung ist durch ärztliches Attest nachzuweisen. Die Schule kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attests verlangen.

(3) Tritt eine externe Teilnehmerin oder ein externer Teilnehmer an der Fachhochschulreifeprüfung vor Beginn der Prüfung wegen einer Erkrankung, welche ihm die Teilnahme an der Prüfung unmöglich macht, von der Prüfung zurück, so wird die bezahlte Gebühr nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 zurückerstattet.

Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 6 Übergangsregelung

Für Schülerinnen und Schüler, die die Schule bereits im Schuljahr 2009/2010 besucht haben, wird im Schuljahr 2010/2011 kein Schulgeld entsprechend § 1 Abs. 2 erhoben.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.08.2010 in Kraft.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/eGov/GAB-1253

Verantwortliche/r:
Herr Götz

Vorlagennummer:
eGov/002/2010

Konzept zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen (Projekt Schulen.Erlangen@IT)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	17.06.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	24.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 40, Ref. II, Amt 20

I. Antrag

Die vom ehemaligen Amt 12 (jetzt KommunalBIT), Vertretern der Erlanger Schulen und mit externer Unterstützung erarbeiteten Konzepte zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen werden grundsätzlich befürwortet.

Die Umsetzung des Konzepts soll entsprechend dem unter Ziff. 4 Ressourcen aufgezeigten Zeitplan in Verbindung mit den dafür erforderlichen Mitteln, vorbehaltlich der Bereitstellung der benötigten Mittel durch den Stadtrat, erfolgen.

Auf den Beschluss des Stadtrats vom 31.07.2008, in dem das Gesamtkonzept für die IT-Betreuung der städtischen Schulen einstimmig entschieden wurde und den Beschluss des HFGA vom 10.02.2010, in dem Haushaltsmittel für die Umsetzung des städtischen und staatlichen Schulkonzepts in Höhe von 675.000 € für 2010 beschlossen wurden, wird verwiesen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Schulen haben den Auftrag den Schülern neben Lesen, Schreiben und Rechnen die Nutzung von IT und der neuen Medien als vierte Grundfertigkeit zu vermitteln. Darüber hinaus müssen auch spezifische IT-Kenntnisse für die weitere Ausbildung und zur Vorbereitung auf das Berufsleben vermittelt werden. Die Stadt Erlangen muss als der zuständige Sachaufwandsträger die Schulen bei dieser pädagogischen Aufgabe angemessen unterstützen und auch die Verwaltung der Schulen entsprechend ausstatten.

Zur dauerhaften Verbesserung des operativen IT-Betriebs in den Schulen soll nachhaltig eine dem obigem Ziel adäquate IT-Ausstattung bereitgestellt werden und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden, so dass für den Sachaufwandsträger und die Empfänger sicher planbare und „beherrschbare“ Bedingungen erreicht werden.

Im Rahmen des bei der Stadt Erlangen festgelegten Schwerpunktthemas „Stadt der Bildung“ bis 2014 stellt die Ausstattung der städtischen und staatlichen Schulen einen wichtigen Baustein dar.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zusammen mit allen Beteiligten sollen die wesentlichen Ergebnisse des Konzeptes zur IT-Betreuung an den staatlichen Schulen stringent umgesetzt werden. Dazu gehören als wesentliche Kostenfaktoren die Verbesserung der Personalsituation an den staatlichen Schulen, die nachhaltige Erneuerung der Hardware-Ausstattung, die Lizenzierung von Software sowie eine breitbandige Netzanbindung der Schulen. Dies bedeutet insbesondere

1. Zentralisierung des IT-Supports bei KommunalBIT erleichtert die Bereitstellung erforderlicher Personalressourcen für die technische Betreuung, ermöglicht Synergieeffekte, entlastet die schulischen SystembetreuerInnen und ermöglicht die Konzentration auf pädagogische Aufgaben.

2. Durch ausreichende Ressourcenbereitstellung (siehe unten: Ressourcen) wird ein moderner, effektiver und effizienter IT-Betrieb für die städtischen Schulen gewährleistet.

3. Durch den gezielten Einsatz von Open Source, WLAN Access Points und Thin Clients lassen sich die laufenden Kosten reduzieren.

4. Den Investitionen und den laufenden Aufwendungen für Sachmittel, Personal und Qualifizierung stehen keine direkten Einsparungen oder gar neue Einnahmequellen zur Gegenfinanzierung gegenüber. Diese Investitionen werden sich erst durch die neue Qualifikation von heutigen Schülern im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien und damit eingehender Medienkompetenz mittel- bis langfristig auswirken und dies nicht zuletzt auch durch die Attraktivität der Schulen in Erlangen für die Wahl der Ausbildungsstelle.

Das ausführliche Konzept wurde den Fraktionen bereits 2009 zur Verfügung gestellt und im Vorfeld dieser Vorlage nochmals per Mail zugeleitet.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Synergien und Skaleneffekte sollen durch Zentralisierung der Aufgabenerledigung und angemessene Standardisierung der „IT-Einrichtung“ genutzt werden. Eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung ist bereitzustellen, damit der Investitionsstau aufgelöst wird und Erneuerungszyklen später sicher sind, sowie ausreichend Personal für die Betreuung zur Verfügung gestellt werden kann. Die notwendigen Maßnahmen sollen auf der Zeitscheine aufgeteilt und priorisiert werden, damit das Ziel bis zum Ende des Mottos „Stadt der Bildung“ vor 2014 erreicht werden kann, ohne den Sachaufwandsträger zu überlasten.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Der Finanzbedarf ist zur besseren Vergleichbarkeit mit der Vergangenheit getrennt für städtische und staatliche Schulen nach dem alten Schema zur Verwendung für Investitionen (früher "Vermögenshaushalt", z. B. Hardware, Software und Infrastrukturmaßnahmen), laufende Kosten (früher "Verwaltungshaushalt", z. B. Wartung und Leitungsmieten) und Personal aufgeteilt. KommunalBIT tätigt die Investitionen und verrechnet der Stadt die Kosten der Nutzung dieser Vermögenswerte über den Abschreibungszeitraum.

Mit den veranschlagten Mitteln wird der derzeit teilweise schlechte Zustand der IT in den Schulen auf eine solide Basis gestellt. Eine wesentliche Mehrung oder Aufwendungen für neue Projekte bis 2014 sind dabei nicht berücksichtigt.

Überarbeitetes Konzept für die städtischen und staatlichen Schulen						
		Projektzeitraum				
		2010	2011	2012	2013	2014
städtische Schulen						
Personal	Anzahl Fachkräfte	2	2	2	2	2
	Anzahl Auszubildende	1	1	1	1	1
	gesamte Personalkosten	167.420 €	167.420 €	167.420 €	167.420 €	167.420 €
laufende Kos- ten	Realisierungsgrad Leitun- gen	100%	100%	100%	100%	100%
	Leitungsmiete	29.750 €	29.750 €	29.750 €	29.750 €	29.750 €
	Wartungskosten	7.687 €	7.687 €	7.687 €	7.687 €	7.687 €
	gesamte laufende Kosten	37.437 €	37.437 €	37.437 €	37.437 €	37.437 €
Investitionen	Realisierungsgrad Hard- ware	60%	75%	90%	100%	100%
	mit Abschreibung auf 5 Jahre	242.009 €	302.512 €	363.014 €	403.349 €	403.349 €
	jährl. Abschreibung (5 J.)	48.402 €	60.502 €	72.603 €	80.670 €	80.670 €
	mit Abschreibung auf 7,5 Jahre	62.105 €	77.631 €	93.158 €	103.509 €	103.509 €
	jährl. Abschreibung (7,5 J.)	8.281 €	10.351 €	12.421 €	13.801 €	13.801 €
	gesamte investierte Summe	304.115 €	380.143 €	456.172 €	506.858 €	506.858 €
	gesamte jährl. Abschrei- bung	56.683 €	70.853 €	85.024 €	94.471 €	94.471 €
	Zinsen	13.685 €	17.106 €	20.528 €	22.809 €	22.809 €
	jährl. Investitionskosten	70.368 €	87.960 €	105.552 €	117.280 €	117.280 €
Gesamtkosten für städtische Schulen		275.225 €	292.817 €	310.409 €	322.137 €	322.137 €
		Projektzeitraum				
		2010	2011	2012	2013	2014
staatliche Schulen						
Personal	Anzahl Fachkräfte	2	3,5	4,5	4	4
	Anzahl Auszubildende	1,3	3	3	3	3
	gesamte Personalkosten	172.640 €	314.736 €	389.746 €	352.241 €	352.241 €
laufende Kos- ten	Realisierungsgrad Leitun- gen	10%	40%	60%	80%	100%
	Leitungsmiete	22.961 €	91.846 €	137.768 €	183.691 €	229.614 €
	Wartungskosten	36.414 €	36.414 €	36.414 €	36.414 €	36.414 €
	gesamte laufende Kosten	59.375 €	128.260 €	174.182 €	220.105 €	266.028 €
Investitionen	Realisierungsgrad Hard- ware	30%	40%	60%	80%	100%
	mit Abschreibung auf 5 Jahre	303.272 €	404.362 €	606.543 €	808.724 €	1.010.905 €
	jährl. Abschreibung (5 J.)	60.654 €	80.872 €	121.309 €	161.745 €	202.181 €
	mit Abschreibung auf 7,5 Jahre	95.087 €	126.783 €	190.174 €	253.565 €	316.957 €
	jährl. Abschreibung (7,5 J.)	12.678 €	16.904 €	25.357 €	33.809 €	42.261 €
	gesamte investierte Summe	398.358 €	531.145 €	796.717 €	1.062.289 €	1.327.862 €
	gesamte jährl. Abschrei- bung	73.333 €	97.777 €	146.665 €	195.553 €	244.442 €
	Zinsen	17.926 €	23.902 €	35.852 €	47.803 €	59.754 €
	jährl. Investitionskosten	91.259 €	121.678 €	182.517 €	243.357 €	304.196 €
Gesamtkosten für staatliche Schulen		323.275 €	564.674 €	746.446 €	815.703 €	922.465 €

alle Schulen						
Personal	Personalkosten	340.060 €	482.156 €	557.166 €	519.661 €	519.661 €
laufende Kosten	laufende Kosten	96.813 €	165.697 €	211.620 €	257.543 €	303.465 €
Investitionen	jährl. Investitionskosten	161.626 €	209.638 €	288.069 €	360.636 €	421.475 €
Leitung/ Steuerung	Personalkosten	75.010 €	75.010 €	75.010 €	75.010 €	75.010 €
Gesamtkosten		673.510 €	932.501 €	1.131.865 €	1.212.850 €	1.319.612 €
im städt. Haushalt bereitzustellende Summen		675.000 €	930.000 €	1.130.000 €	1.215.000 €	1.320.000 €
Investitionen	gesamte investierte Summe	702.473 €	911.288 €	1.252.889 €	1.569.147 €	1.834.719 €
Verhältnis investierte Summe / Investitionskosten		4,35	4,35	4,35	4,35	4,35

Die mit Beschluss des Stadtrates vom 31.07.2008 dargestellten Ressourcen sind in dieser Gesamtkalkulation bereits enthalten.

Haushaltsmittel für 2010ⁱ sind im Budget von eGov in der erforderlichen Höhe vorhanden!

Zur Umsetzung des Konzepts werden in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils die in der Zeile „im städtischen Haushalt bereitzustellende Summen“ genannten Beträge zu den Haushaltsberatungen angemeldet.

Anlagen: Protokollvermerk Schula vom 11.03.2010

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

I/40-1/BBB-T.2542

Erlangen, 11.03.2010

Abstimmung über das Konzept zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen im HPFA

**I. Protokollvermerk aus der Sitzung des Schulausschusses
Tagesordnungspunkt 11 - öffentlich -**

Protokollvermerk:

Vor Umsetzung eines neuen Konzepts zur IT-Betreuung an Erlanger Schulen durch das KommunalBIT wird eine Entscheidung des Schulausschuss benötigt.

Da der nächste Schulausschuss erst am 22.07.2010 tagt, beschließen die Mitglieder des Schulausschuss einstimmig, in der Sitzung des HPFA am 12.05.2010 den erforderlichen Beschluss zu fassen.

Beschluss des Schulausschuss am 11.03.2010 mit 11 gegen 0 Stimmen.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Amt 12-3/ Herrn Dr. Wilhelm** mit der Bitte um Kenntnisnahme und um entsprechende Berücksichtigung der Beratungsfolge bei der Vorlagenerstellung.
- IV. **Kopie an eGov/ Herrn Götz** mit der Bitte um Kenntnisnahme und um entsprechende Berücksichtigung der Beratungsfolge bei der Vorlagenerstellung.
- V. **Kopie an 13-2/ Herrn Friedel** mit der Bitte um Kenntnisnahme und um entsprechende Berücksichtigung bei der Einladungserstellung zum HPFA am 12.05.2010.
- VI. **Referat I** zum Weiteren.

Vorsitzender:

gez. Lohwasser

.....
Lohwasser

Schriftführerin:

gez. Bayer

.....
Bayer

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11/MGA

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/010/2010

Personalbericht 2009

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	12.05.2010	Ö	Einbringung	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 20, Amt 30-S, IZ-Stabsstelle, GSt

I. Antrag

Der Personalbericht wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

II. Begründung

Gem. Beschluss des HFPa vom 10.02.2010 werden die Personalberichte künftig aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.

Der Bericht für das Jahr 2009 wird plangemäß in der 1. Maiwoche 2010 verteilt,

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei oder als CD beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung, per E-Mail an, stefan.puels@stadt.erlangen.de oder unter Tel. 09131-86 2202 angefordert werden.

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 12.05.2010

Einbringung

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Ternes
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11/MGA

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/014/2010

Inhaltliche Abstimmung der Arbeitsprogramme des Personal- und Organisationsamtes ab dem Jahr 2011

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Variante 1: Die inhaltliche Struktur des im Entwurf vorgelegten Arbeitsprogramms des Personal- und Organisationsamtes soll künftig verwendet werden (siehe Anlage).

Variante 2: Das Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes soll abweichend von beigefügtem Entwurf zusätzliche Informationen enthalten. Diese werden im Protokollvermerk zur heutigen Sitzung aufgelistet.

II. Begründung

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2011 werden neue Vorlagen für die Arbeitsprogramme der Ämter verwendet.

Die Ämter wurden aufgefordert, die inhaltlichen Anforderungen mit ihren jeweiligen Fachausschüssen zu erörtern.

In der beigefügten Anlage wird ein Entwurf des Arbeitsprogramms 2011 für das Personal- und Organisationsamt vorgelegt.

Anlagen: Entwurf Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Entwurf Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

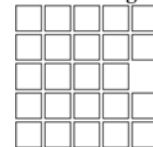
23.06.2011

Amt

11 / Personal- und Organisationsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



1 Allgemeine Angaben¹	
Verantwortlich	Gerhard Matuschke
Beschreibung	Organisationsangelegenheiten, Personalwesen, betrieblicher Sozialdienst, Sicherheitsfachkraft, betriebsärztliche Dienste, IZ-Beihilfecenter
Auftragsgrundlage²	Arbeits- und Tarifrecht, Beamtenrecht, Arbeitsstättenrecht
Zielgruppe	Verwaltung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Ziele / Aufgaben	Zentrale Dienstleistungen, Steuerungsfunktionen (Arbeitgeberseite) für Verwaltung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
2 Produktgruppen³	
Untergeordnete Produktgruppen in eigener Verantwortung	111 Verwaltungssteuerung und -service 122 Ordnungsangelegenheiten 522 Wohnungsbauförderung 573 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen
Untergeordnete Produktgruppen mit anteiliger Verantwortung⁴	<Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung> <Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung> <Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung>

Entwurf Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

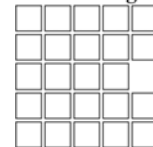
23.06.2011

Amt

11 / Personal- und Organisationsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG) oder Produktbereich

Stadt Erlangen



3 Finanzdaten	2010	2011 (voraussichtlich)	
3.1 Teilergebnishaushalt⁵			
0110 ordentliche Erträge	-1.500.600		
0180 ordentliche Aufwendungen	9.870.800		
0190 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	8.370.200		
3.2 Budgetdaten⁶			
E Summe Erträge (Sachkosten)	751.200		
A Summe Aufwendungen (Sachkosten)	741.700		
SKO Saldo Sachkosten	9.500		
PKE Personalkostenzuschüsse/-erstattungen			
PKA Personalaufwand	2.249.000		
PKO Saldo Personalkosten	2.249.000		
3.3 Budgetrücklage			
Stand 30.06. des Vorjahres ⁷	38.654,75		
3.4 Investitionen			
0150 Planmäßige Abschreibungen ⁸	Keine Daten		
0300 Auszahlung aus Investitionstätigkeit	206.612,59		

Entwurf Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

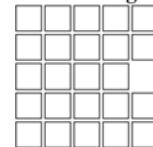
23.06.2011

Amt

11 / Personal- und Organisationsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



4 Personalausstattung ⁹	Gesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte
IST-Stand lt. Stellenplan 2010	46,5	33,5	13
davon derzeit besetzt mit			
- Vollzeitkräften	36	23	13
- Teilzeitkräften	19	9	10
- Davon derzeit nicht besetzt "freiwillig" bzw. "gesperrt"	0,5		
Anmerkungen zu sonst. Beschäftigungsverhältnissen			
- Stundenkontingente			
- Saisonkräfte			
Ausbildungsverhältnisse	Gesamt 94		
Anwärter/innen gVD:	17		
Anwärter/innen mVD:	23		
Anwärter/innen mftD:	0		
Verwaltungsfachangestellte:	21		
gewerbl.-technische Auszubildende	33		
- ABM-Kräfte			
- im IZ-Beihilfe-Center aus Stadt Nürnberg:	5,5 Stellen		

Entwurf Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

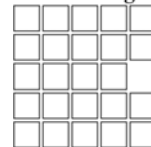
23.06.2011

Amt

11 / Personal- und Organisationsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

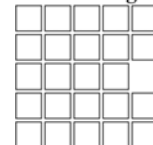
Stadt Erlangen



5 Stellenplan 2011			
Beantragte Änderungen (Übersicht ohne Stellenwertänderungen)	Funktion + Stellenumfang (VZ bzw. TZ-Anteile)	Stellen- wert	Kurzbegründung Fachamt ¹⁰
Folgende neue Planstellen wurden von der Fachdienststelle beantragt und sind in Liste A zum Stellenplan aufgenommen	entfällt		
Folgende Stelleneinzüge, Stellensperrungen und kw- Vermerke sind in der Liste A zum Stellenplan enthalten	entfällt		
Folgende Nichtschaffung einer Planstelle, Stelleneinzüge und - sperrungen und kw- Vermerke ist/sind nicht im Konsens mit dem Fachamt	entfällt		

Entwurf Arbeitsprogramm 2011

Stadt Erlangen



Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

23.06.2011

Amt

11 / Personal- und Organisationsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

6 Hintergrundinformation ¹¹		Beispieltext:			
Analysen, Fakten, Kennzahlen		Ausbildungszahlen, siehe Ziffer 4 (Personalausstattung) sowie separate StR-Beschlussfassungen im April jeden Jahres.			
Entwicklungstrends, Prognosen		Statistiken/Trends, siehe jährlicher Personalbericht.			
Herausforderungen ¹²		Die Herausforderung der kommenden Jahre dürfte darin liegen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten, angesichts knapper Finanzmittel und demografischer Entwicklung. Daneben sind Maßnahmen zur Gesundheitsförderung bei steigender Lebensarbeitszeit erforderlich.			
Langfristig strategische Ziele der Dienststelle ¹³		Die Schwerpunktsetzungen liegen für die nächsten Jahre seitens der Organisationsabteilung in der Haushaltskonsolidierung und seitens der Personalwirtschaft in der Personalentwicklung (taktisch in der Führungskräfteentwicklung).			
- Was wollen wir im nächsten Jahr erreichen? - Was wollen wir dafür tun? - Wie wollen wir das anpacken? - Welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung bzw. werden benötigt?		Amtsinterne Schwerpunkte sind: die Optimierung der Dienstleistungen, die Standardüberprüfung und Prozessoptimierung bei der Aufgabenwahrnehmung. Erster Prozessschritt für die Optimierung ist die Schaffung und der Ausbau der technischen Grundlagen (Personalmanagementsystem und Dokumentenmanagementsystem) einschl. der Datennacherfassungen. Dies wird mit vorhandenem Personal im Rahmen der verfügbaren Ressourcen umgesetzt.			
Arbeitsschwerpunkte 2011 ¹⁴					
- Arbeitsschwerpunkt 1		Mitwirkung bei der Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen			
- Arbeitsschwerpunkt 2		Personalentwicklung: Führungskräfte			
- Arbeitsschwerpunkt 3		Fortsetzung der Softwareeinführung für Personalmanagement			
- Arbeitsschwerpunkt 4		Beurteilungswesen: Beurteilung höherer Dienst			
- Arbeitsschwerpunkt 5		Fortsetzung der Einführung des Dokumentenmanagementsystems			
- Arbeitsschwerpunkt 6		Fortsetzung der Gefährdungsbeurteilung durch Sicherheitsfachkraft und Betriebsärztin.			
- Arbeitsschwerpunkt 7		Ausbildungskonzeption unter Einbeziehung des Integrationsansatzes			
Beitrag zu übergeordneten strategischen Zielen der Stadt Erlangen ¹⁵					
		Zielbeitrag zu	hoch	gering	null
		Haushaltskonsolidierung	x		
		Bildung	x		
		Demografische Entwicklung	x		
Erläuterungen, Kommentare					

Entwurf Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

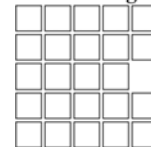
23.06.2011

Amt

11 / Personal- und Organisationsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

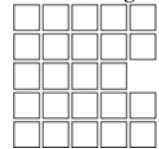
Amt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

<Organisationsnummer> / <Bezeichnung>

<Datum>

Stadt Erlangen



¹ Bearbeitungshinweise in den Endnoten

Werden i.d.R. nicht ausgedruckt. Falls sie die Endnoten doch ausdrucken wollen, müssen sie unter >Extras > Optionen ... > Drucken > Mit dem Dokument ausdrucken > „ausgeblendeten Text drucken“ einen Haken setzen

² Pflichtaufgaben sind gemäß HFPa Beschluss vom 12.05.2010 mit * zu kennzeichnen

³ Nur nachrichtlich => künftige Entwicklung ab 2012/2013 => orientiert an den derzeit bei 112 und 20 in 77

⁴ Möglichst mit Hinweis auf andere Dienststellen, die ebenfalls Leistungen für diese Produktgruppe erbringen

⁵ analog Teilergebnishaushalt

⁶ analog Kontenschema SKO

⁷ Die Ämter sollten in den Haushaltsberatungen auf Nachfrage den aktuellen Stand benennen können.

⁸ Hinweis auf Werteverzehr bzw. -aufbau

⁹ Darstellung bitte entsprechend aktuellem Stellenplan **2010** ohne Planstellennummern und ohne Namen der Stelleninhaber/-innen.

(Weitergehende Differenzierung z.B. in "Beamte, Tarifbeschäftigte" oder in "männliche und weibliche Beschäftigte" oder nach Abteilungen, Sachgebieten usw. liegt im Ermessen der Fachdienststellen)

¹⁰ Hat sich die Personalausstattung in den letzten zwei Jahren wesentlich verändert bzw. ist damit im Haushaltsjahr **2011** zu rechnen ?" (kurze Begründung bei auffälligen Schwankungen, Stellenmehrungen u. -minderungen mit nachhaltigen Auswirkungen). Mit welchen Konsequenzen rechnet das Fachamt, wenn den Stellenplanwünschen nicht entsprochen werden kann?

Ggf. Verweis auf vertiefte Begründung zu den Arbeitsschwerpunkten (Nr. 6.1)

¹¹ Aussagen zum Budget – **orientiert am Informationsbedürfnis der Ausschüsse / des Stadtrates**, z.B. zu freiwilligen Leistungen, Zuschüssen an Gruppierungen etc.

¹² Sind für das Haushaltsjahr **2010** umfassendere Veränderungen bereits absehbar oder konkret geplant ?"

(organisatorische Veränderungen, Wegfall v. Aufgaben, zusätzl. Aufgaben – bitte in Klammer angeben, welchem Produkt die wegfallende/neue Aufgabe zuzuordnen ist).

Wie wirken sich diese geplanten Veränderungen auf die Arbeit des Fachamtes aus ?"

z.B. Qualität der Dienstleistung, Maßnahmen zur Geschäftsprozessoptimierung, Personalausstattung, Personalentwicklung, Belastung/Entlastung des Budgets, Beiträge zur Haushaltskonsolidierung usw.

¹³ In Ergänzung zu den strategischen Zielen der Gesamtstadt.

¹⁴ Soll mit der Liste der „Arbeitsschwerpunkte der Referate“ korrespondieren, diese ersetzen. Bei Bedarf ggf. weitere Zeilen einfügen.

¹⁵ Empfehlung: Hier **max. 3 Ziele auflisten**. Andernfalls wird dies eine immer längere Sammlung aller jemals verfolgten Schwerpunktziele.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:
Herr Andreas Götz

Vorlagennummer:
eGov/005/2010

Inhaltliche Abstimmung des Arbeitsprogramms für das eGovernment-Center

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Dem beiliegenden Entwurf des eGovernment-Centers zur Ausgestaltung des neuen Formulars „Arbeitsprogramm 2011“ wird zugestimmt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Konkretisierung der Aufgabenstellung, der Arbeitsplanung und der Zielvorstellungen des eGovernment-Centers für das jeweilige Haushaltsplanaufstellungsverfahren.

Informationen für den Stadtrat und seine Ausschüsse zu Detailfragen, die im (doppischen) Haushalt nicht darstellbar sind.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Individuelle Abstimmung des Arbeitsprogramms hinsichtlich des erwarteten Informationsbedarfs mit dem Haupt-/Finanz- und Personalausschuss.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen: Entwurf des neuen Formulars „Arbeitsprogramm 2011“
des eGovernment-Centers

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Amt

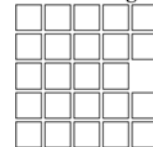
Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Haupt-/Finanz- u. Personalausschuss

eGovernment-Center

<Datum>

Stadt Erlangen



1 Allgemeine Angaben	
Verantwortlich	Andreas Götz Amtsleitung eGov
Beschreibung	eGovernment-Center
Auftragsgrundlage	Stadtratsbeschluss vom 20.02.2002 und 18.01.2006
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erlangen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Erlangen
Ziele / Aufgaben	GIS Internetauftritt www.erlangen.de Online-Anwendungen Intranetauftritt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter GIS DMS Auftraggeberfunktion für das KommunalBIT
2 Produktgruppen	
Untergeordnete Produktgruppen in eigener Verantwortung	<Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung> <Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung> <Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung>
Untergeordnete Produktgruppen mit anteiliger Verantwortung	<Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung> <Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung> <Nr. lt. Produkthaushalt> <Bezeichnung>

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-/Finanz- u. Personalausschuss

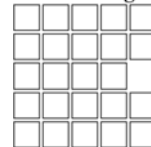
<Datum>

Amt

eGovernment-Center

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



3 Finanzdaten	2010	2011 (voraussichtlich)	
3.1 Teilergebnishaushalt			
0110 ordentliche Erträge			
0180 ordentliche Aufwendungen			
0190 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit			
3.2 Budgetdaten			
E Summe Erträge (Sachkosten)			
A Summe Aufwendungen (Sachkosten)			
SKO Saldo Sachkosten			
PKE Personalkostenzuschüsse/ -erstattungen			
PKA Personalaufwand			
PKO Saldo Personalkosten			
3.3 Budgetrücklage			
Stand 30.06. des Vorjahres			
3.4 Investitionen			
0150 Planmäßige Abschreibungen			
0300 Auszahlung aus Investitionstätigkeit			

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Amt

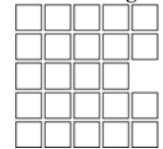
Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Haupt-/Finanz- u. Personalausschuss

eGovernment-Center

<Datum>

Stadt Erlangen



4 Personalausstattung	Gesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte
IST-Stand lt. Stellenplan 2010			
davon derzeit besetzt mit			
- Vollzeitkräften			
- Teilzeitkräften			
- Davon derzeit nicht besetzt "freiwillig" bzw. "gesperrt"			
Anmerkungen zu sonst. Beschäftigungsverhältnissen			
- <i>Stundenkontingente</i>			
- <i>Saisonkräfte</i>			
- <i>Ausbildungsverhältnisse</i>			
- ABM-Kräfte			
-			

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Amt

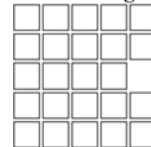
Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Haupt-/Finanz- u. Personalausschuss

eGovernment-Center

<Datum>

Stadt Erlangen



5 Stellenplan 2011			
Beantragte Änderungen (Übersicht ohne Stellenwertänderungen)	Funktion + Stellenumfang (VZ bzw. TZ-Anteile)	Stellen- wert	Kurzbegründung Fachamt
Folgende neue Planstellen wurden von der Fachdienststelle beantragt und sind in Liste A zum Stellenplan aufgenommen			
Folgende Stelleneinzüge, Stellensperrungen und kw- Vermerke sind in der Liste A zum Stellenplan enthalten			
Folgende Nichtschaffung einer Planstelle, Stelleneinzüge und - sperrungen und kw- Vermerke ist/sind nicht im Konsens mit dem Fachamt			

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Amt

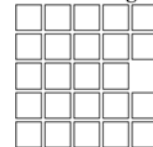
Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Haupt-/Finanz- u. Personalausschuss

eGovernment-Center

<Datum>

Stadt Erlangen



6 Hintergrundinformation				
Analysen, Fakten, Kennzahlen	Aussagen zu den inhaltlichen Aufgabengebieten und Projekten des eGovernment-Centers Aussagen zum Budget, insbesondere Aufschlüsselung der Zahlungen an KommunalBIT (Kosten für Regelbetrieb, Schulen, neue Projekte)			
Entwicklungstrends, Prognosen	Aussagen über Veränderungen zum Vorjahr Entwicklung der Kosten durch neue Themen			
Herausforderungen	Herausforderungen des eGovernment-Centers im Hinblick auf neue technische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf Strategie und Budget im Spannungsfeld von Kosten und Nutzen			
Langfristig strategische Ziele der Dienststelle - Was wollen wir im nächsten Jahr erreichen? - Was wollen wir dafür tun? - Wie wollen wir das anpacken? - Welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung bzw. werden benötigt?	Aussagen zu den einzelnen Aufgabengebieten über langfristige strategische Ziele			
Arbeitsschwerpunkte 2011				
- Arbeitsschwerpunkt 1	Voraus. jeweils 1 Arbeitsschwerpunkt aus den 4 Bereichen des eGovernment-Centers			
- Arbeitsschwerpunkt 2				
- Arbeitsschwerpunkt 3				
- Arbeitsschwerpunkt n				
Beitrag zu übergeordneten strategischen Zielen der Stadt Erlangen				
	Zielbeitrag zu	hoch	gering	null
	Haushaltskonsolidierung			
	Bildung			
	Demografische Entwicklung			
Erläuterungen, Kommentare				
<optional>				

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
VI/243-1/WBE

Verantwortliche/r:
Herr Wein

Vorlagennummer:
243/002/2010

Mittelbereitstellung für IP Nr. 111.350 - Büroeinrichtung, Maschinen im Rahmen der Generalsanierung "Palais Stutterheim"

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	15.06.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 41, Zustimmung am 31.05.2010 erteilt

Amt 42; Zustimmung am 31.05.2010 erteilt

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. Beugel, 01.06.2010
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln: Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

Einrichtung, Maschinen IP-Nr. 111.350	Kostenstelle [240090]	Produkt 1115 -Service-Einrichtung für Verwaltung	59.008,91 € für Sachkonto [
Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme			
Einrichtungsgegenstände (Bild. Kunst) Galerie IP-Nr. [281.351]	Kostenstelle [410090]	in Höhe von Produkt [2811 -Sonstige Kulturpflege	28.008,91 € bei Sachkonto [
Einrichtungsgegenstände (Bücherei) IP-Nr. [272.351]	Kostenstelle 420090	und in Höhe von Produkt [2721 - Büche- reien	31.000.-- € bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	€
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	82.000,-- €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	16.108,05 €
	-, €

Summe der bereits vorhandenen Mittel	98.108,05 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	157.116,96€

Die Mittel werden benötigt ☐ auf Dauer
☒ einmalig von bis

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

☐ Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis -,- €

☐ Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ausstattung des Kunstpalaus und der Stadtbibliothek mit Büromobiliar im Verwaltungsbe-
reich.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Einkauf von Büromobiliar.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Beschaffung von Büromobiliar erfolgt mittels Rahmenvertrag durch den Zentraleinkauf
der Abteilung 243.

Die Finanzmittel sind der Höhe nach in den Investitionsbudgets der Ämter 41 und 42 vor-
handen. Sie sind zur Finanzierung der Beschaffung entsprechend der Budgetierungsregeln
auf die entsprechende Investitionsplannummer der Abteilung 243 (IP 111.350) zu transferie-
ren.

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 15.06.2010

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

Einrichtung, Maschinen IP-Nr. 111.350	Kostenstelle [240090	Produkt 1115 -Service-Einrichtung für Verwaltung	59.008,91 € für Sachkonto [
--	----------------------	--	---------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

Einrichtungsgegenstände (Bild. Kunst) Galerie IP-Nr. [281.351	Kostenstelle [410090	in Höhe von Produkt [2811 -Sonstige Kulturpflege	28.008,91 € bei Sachkonto [
Einrichtungsgegenstände (Bücherei) IP-Nr. [272.351	Kostenstelle 420090	und in Höhe von Produkt [2721 - Büche- reien	31.000.-- € bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
VI/24/242-3/GUD-1694

Verantwortliche/r:
Frau Ulrike Graf

Vorlagennummer:
242/043/2010

Mittelbereitstellung für IvP-Nr. 217B.401A, Sanierung Christian-Ernst-Gymnasium

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkaus-	15.06.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
schuss für den Entwässe-				
rungsbetrieb				
Haupt-, Finanz- und Perso-	23.06.2010	Ö	Gutachten	
nalausschuss				
Stadtrat	24.06.2010	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. Beugel, 02.06.2010
Unterschrift Referat II

Stellungnahme Kämmerei: Die Kämmerei kann zwar die haushaltsrechtliche Zulässigkeit der Deckung prüfen, die Dringlichkeit und Unabweisbarkeit der MNB mangels bautechnischem Sachverstand jedoch nicht. Da die Maßnahmeerweiterung erhebliche zusätzliche Mittel in den Jahren 2011 und 2012 erfordert, werden vorgesehene Maßnahmen des Schulsanierungsprogramms zeitlich gestreckt werden müssen.

Nach Auskunft des Gebäudemanagements handelt es sich bei dem Deckungsvorschlag um „echte Einsparungen“ (keine Verschiebungen), somit kann der Mittelbereitstellung zugestimmt werden.

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. 217B.401A	Kostenstelle [921431	Produkt 2171	497.000,- € für Sachkonto [
Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme			
IP-Nr. [251A.403 Umbau Stadtarchiv	Kostenstelle [920651	in Höhe von Produkt [2512	300.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. [252.402 Siemens Med. Archiv	Kostenstelle 920651	und in Höhe von Produkt [2523	197.000,- € bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung 0 €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 1.973.000 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 1.399.342 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in 0 €

Höhe von

Summe der bereits vorhandenen Mittel	3.372.342 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	3.869.324 €

Die Mittel werden benötigt ☐ auf Dauer
☒ einmalig von bis 2010

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €
☐ Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
☐ Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufrechterhaltung des laufenden Schulbetriebs sowie Bewerkstelligung einer uneingeschränkten Nutzbarkeit des CEG's.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Auf den Beschluss in der heutigen BWA-Sitzung zur Erweiterung des Sanierungsumfangs am CEG wird verwiesen. Nicht im Vorfeld ersichtliche Mängel am Bauwerksbestand im Bereich Tragsicherheit, Brandschutz sowie Denkmalschutzauflagen machen zusätzliche bauliche Maßnahmen notwendig, die Mehrkosten verursachen. Für das laufende Haushaltsjahr 2010 wird ein Betrag in Höhe von 497.000,- € notwendig.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 15.06.2010

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

			497.000,- € für
IP-Nr. 217B.401A	Kostenstelle 921431	Produkt 2171	Sachkonto [

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. [251A.403 Umbau Stadtarchiv	Kostenstelle 920651	in Höhe von Produkt [2512	300.000,- € bei Sachkonto [
IP-Nr. [252.402 Siemens Med. Archiv	Kostenstelle 920651	und in Höhe von Produkt [2523	197.000,- € bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Könnecke
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Knitl

Vorlagennummer:
II/044/2010

Weiterentwicklung der Arbeitsprogramme; hier: Stadtkämmerei (Amt 20)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Dem beiliegenden Entwurf der Kämmerei zur Ausgestaltung der Position 6 des neuen Formulars „Arbeitsprogramme 2011“ wird zugestimmt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Aufgabenstellung, Arbeitsplanung und Zielvorstellungen des Amtes zu Budget und Teilergebnishaushalt für das jeweilige Haushaltsplanaufstellungsverfahren schriftlich konkretisieren.
- Informationen für den Stadtrat und seine Ausschüsse zu Detailfragen bereitstellen, die im – doppelten – Haushalt nicht darstellbar sind.

2. Prozesse/ Strukturen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Individuelle Abstimmung der Position 6 des Arbeitsprogrammes hinsichtlich des erwarteten Informationsbedarfs mit dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss.

Anlagen: Entwurf der Kämmerei zu Position 6 des neuen Formulars Arbeitsprogramm 2011

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

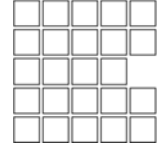
<Datum>

Amt 20

20 - Stadtkämmerei

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



6. Hintergrundinformation¹

Analysen, Fakten, Kennzahlen

Aussagen

- zum Budget (Amt 20) und
- zum Teilergebnishaushalt (Amt 20) mit Aussagen zu Steuern, Zuwendungen, Transferaufwendungen (Umlagen)

Entwicklungstrends, Prognosen

Aussagen über Veränderungen zum Vorjahr, mögliche organisatorische Maßnahmen und deren Auswirkungen

- zum Budget
- zum Teilergebnishaushalt
- zu NKFE

Herausforderungen²

Herausforderungen der Kämmerei insbesondere im Hinblick auf die aktuelle finanzielle Situation der Stadt und im Hinblick auf eine Konsolidierung/Fortentwicklung NKFE

Langfristig strategische Ziele der Dienststelle³

Aussagen über Beiträge der Stadtkämmerei insbesondere zum strategischen Ziel „Haushaltskonsolidierung“ mit Anmerkungen zu den Leitlinien der Haushaltsplanaufstellung, Aussagen zum Teilergebnishaushalt und ggf. zum ordnungsgemäßen Buchungsbetrieb und zu den Zielen der Wirtschaftsförderung.

- Was wollen wir im nächsten Jahr erreichen?
- Was wollen wir dafür tun?
- Wie wollen wir das anpacken?
- Welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung bzw. werden benötigt?

Arbeitsschwerpunkte 2011⁴

- Arbeitsschwerpunkt 1

Ca. fünf Arbeitsschwerpunkte aus den Bereichen Kämmerei und des Referates (Wirtschaftsförderung, Beteiligungsmanagement)

- Arbeitsschwerpunkt 2

- Arbeitsschwerpunkt 3

- Arbeitsschwerpunkt n

Beitrag zu übergeordneten strategischen Zielen der Stadt Erlangen⁵

Zielbeitrag zu	hoch	gering	null
Haushaltskonsolidierung			
Bildung			
Demografische Entwicklung			

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

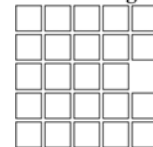
<Datum>

Amt 20

20 - Stadtkämmerei

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



Erläuterungen, Kommentare

Aussagen über

- die Erledigung des Arbeitsprogramms des laufenden Jahres
- den künftigen Budgetrahmen
- die Auskömmlichkeit des laufenden/künftigen Budgetrahmen und sich hieraus ergebenden Konsequenzen
- die Stellensituation
- die Konsequenzen aus ggf. abgelehnten Stellenplananträgen

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Amt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

<Organisationsnummer> / <Bezeichnung>

<Datum>

Stadt Erlangen

¹ Aussagen zum Budget – **orientiert am Informationsbedürfnis der Ausschüsse / des Stadtrates**, z.B. zu freiwilligen Leistungen, Zuschüssen an Gruppierungen etc.

² Sind für das Haushaltsjahr **2010** umfassendere Veränderungen bereits absehbar oder konkret geplant ?" (organisatorische Veränderungen, Wegfall v. Aufgaben, zusätzl. Aufgaben – bitte in Klammer angeben, welchem Produkt die wegfallende/neue Aufgabe zuzuordnen ist).

Wie wirken sich diese geplanten Veränderungen auf die Arbeit des Fachamtes aus ?"

z.B. Qualität der Dienstleistung, Maßnahmen zur Geschäftsprozessoptimierung, Personalausstattung, Personalentwicklung, Belastung/Entlastung des Budgets, Beiträge zur Haushaltskonsolidierung usw.

³ In Ergänzung zu den strategischen Zielen der Gesamtstadt.

⁴ Soll mit der Liste der „Arbeitsschwerpunkte der Referate“ korrespondieren, diese ersetzen. Bei Bedarf ggf. weitere Zeilen einfügen.

⁵ Empfehlung: Hier **max. 3 Ziele aufführen**. Andernfalls wird dies eine immer längere Sammlung aller jemals verfolgten Schwerpunktziele.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/WA

Verantwortliche/r:
Herr Beck

Vorlagennummer:
II/045/2010

Zukünftige Entwicklung des Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
OBM, Amt 13/Herr Schmitt

I. Antrag

1. Der Medical Valley EMN e. V. erhält für das Jahr 2010 einen Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro für die Etablierung von nachhaltigen Clustermanagement-Strukturen, die für die organisatorische Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages und die Ausschüttung der damit verbundenen Fördermittel des BMBF zwingend notwendig sind.
2. Die Stadt schließt mit dem Medical Valley EMN e. V. einen Geschäftsbesorgungsvertrag über die Durchführung von Netzwerkaktivitäten im Medizin- und Gesundheitsbereich, wie sie bisher durch einen städtischen Mitarbeiter als Geschäftsführer der Kompetenzinitiative Medizin-Pharma-Gesundheit betrieben wurden. Der Verein erhält hierfür eine Kostenpauschale in Höhe von 25.000 Euro. Der Vertrag wird auf das Jahr 2010 befristet.
3. Der Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im Medical Valley EMN e.V. wird zugestimmt. Soweit die Stadt Zuschüsse an den Verein leistet, beinhalten diese den jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.000 Euro.

II. Begründung

1. Vorbemerkung zum Medical Valley EMN e.V.

Das **Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg** gehört zu den innovativsten und wirtschaftlich stärksten Medizintechnikclustern weltweit. Auf regional dichtestem Raum findet sich hier ein kreatives, wirtschaftlich orientiertes Milieu, dessen Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesundheitsversorgung, aus dem Finanzwesen und der Politik sich zwei gemeinsame Ziele gegeben haben:

- nur solche Produkte, Dienstleistungen und Lösungen zu entwickeln, die einen Beitrag zur Effektivität und Effizienz der Gesundheitsversorgung leisten und
- die Europäische Metropolregion Nürnberg zu einer Modellregion für eine optimale Gesundheitsversorgung zu entwickeln

Der **Verein „Medical Valley EMN e. V.“** integriert die Partner in ein gemeinsames, interaktives Netzwerk. Die Akteure bündeln im Verein strategisch das regionale Potenzial, um die besten Angebote zur Gesundheitsversorgung unserer Bürger vor Ort und für den globalen Markt zu entwickeln.

Mit inzwischen nahezu 100 Mitgliedern repräsentiert der Verein ein breites Spektrum von Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesundheitsversorgung.

Erster Vorsitzender des Vereins ist der ehemalige Vorstandvorsitzende von Siemens Medical

Solutions (nunmehr Siemens Healthcare), Herr Prof. Dr.-Ing. Erich R. Reinhardt. Stellvertreter ist der Rektor der FAU Erlangen-Nürnberg, Herr Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske. Zweiter stellvertretender Vorsitzender ist Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis.

Für ausführliche Informationen wird auf die Homepage des Medical Valley EMN e.V. (siehe Link unter www.medical-valley-emn.de) verwiesen.

2. Entwicklung „Medical Valley“ ab 2004 bis heute unter Einbindung der Stadt Erlangen

Die verwaltungsinterne Koordination und Abwicklung im Zusammenhang mit dem Medical Valley erfolgte bis Ende des Jahres 2009 durch die Amtsleitung des Bürgermeister- und Presseamtes. Diese organisatorische Zuständigkeit ergab sich u. a. aus der stellenplanmäßigen Zuordnung von Herrn Dr. Heydrich, dem ehemaligen Geschäftsführer der Kompetenzinitiative Medizin-Pharma-Gesundheit. Seit 2010 fungiert Ref. II/WA als Verbindungsstelle zum Medical Valley EMN e.V.

Bereits am 05.05.2004 wurde im Ältestenrat berichtet, dass die Zusammenarbeit zwischen Universität, Siemens AG und Stadt Erlangen verbessert werden und über den Kanzler der Universität eine Geschäftsführung zur Koordination im Medical Valley-Beirat etabliert werden soll.

Vor diesem Hintergrund hat der Haupt- Finanz- und Personalausschuss am 22.09.2004 einstimmig beschlossen, dass sich die Stadt Erlangen mit einem Personalkostenzuschuss von jährlich 15.000 Euro beteiligt und eine gemeinsame Vereinbarung mit der Universität und der Siemens AG abschließt. Die Geschäftsführerin war vom 01.01.2005 bis 31.01.2009 tätig.

In den Jahren 2005 bis 2009 hat die Stadt Erlangen Zuschüsse in Höhe von insgesamt 143.833,83 Euro geleistet. Dabei wurden die Beträge bzw. Personalkostenzuschüsse in den einzelnen Jahren im Budget des Bürgermeister- und Presseamtes im Rahmen der Haushaltsaufstellung veranschlagt und bereit gestellt. Der Verwendungsnachweis für 2009 wird nach der Wirtschaftsprüfung und Vorlage noch von Amt 13 geprüft.

3. Medical Valley wird Spitzencluster – Grandioser Erfolg für "Exzellenzzentrum Medizintechnik"

Im **Spitzencluster-Wettbewerb** des Bundesforschungsministeriums (BMBF) hat sich das Medical Valley EMN (Europäische Metropolregion Nürnberg) -mit Unterstützung durch die Erlangen AG- mit seinem Antrag "Exzellenzzentrum für Medizintechnik" in einem hochkarätigen Feld von Mitbewerbern durchgesetzt. Bis zu **40 Millionen Euro** beträgt die **Förder-summe** des BMBF. Mit diesem Erfolg fließen in der Metropolregion mehr als 80 Millionen Euro in Projekte von Industrieunternehmen und deren Forschungspartnern, um die Entwicklung innovativer Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu ermöglichen, die die Gesundheitsversorgung deutlich verbessern werden. Damit werden auch Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie unterstützt ebenfalls die strategische Weiterentwicklung des Medical Valley EMN zu einem internationalen Spitzencluster und ist an der nachhaltigen Förderung beteiligt.

Die Juroren haben als besondere Stärke der Clusterinitiative die enge Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie die Innovationskraft der mittelständigen Unternehmen erkannt. Eine herausgehobene Position und Ankerfunktion im Cluster hat Siemens Healthcare mit einer Reihe von Projekten im Bereich der Bildgebenden Diagnostik.

Der Erfolg des „Exzellenzzentrum für Medizintechnik“ ist ein gutes Beispiel dafür, wie durch partnerschaftliche und vertrauensvolle Bündelung von Kräften eine technologische Spitzenstellung erreicht und ausgebaut werden kann. In insgesamt 43 Projekten sind Unternehmen, universitäre und außeruniversitäre Forschungsinstitutionen und Gesundheitsversorger in den Bereichen Bildgebende Diagnostik, Intelligente Sensorik, Therapiesysteme und Augenheilkunde aus der gesamten Europäischen Metropolregion Nürnberg vertreten. Besonders hervorzuheben ist, dass an 22 Projekten kleine und mittlere Unternehmen maßgeblich beteiligt sind.

Das Zentrum dieses Spitzenclusters, aus dem über 75 % der Clusterpartner kommen, ist der **Standort Erlangen**.

4. Künftige Ausrichtung des Medical Valley EMN e. V.

Um die Ausschüttung der oben erwähnten 40 Mio. Euro Fördermittel des BMBF bis 2015 (Förderzeitraum) zu gewährleisten, ist die Etablierung von nachhaltigen Clustermanagement-Strukturen zwingend notwendig. Diese Clustermanagement-Strukturen sind derzeit noch zuschussbedürftig, da eine komplette Refinanzierung über Mitgliedseinnahmen des Medical Valley EMN e.V. nicht möglich ist. Mit der Durchführung und der Umsetzung der Strategie sind im Verein 7 Personen beschäftigt.

Der Verein beantragt für das Jahr 2010 einen städtischen Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro zur Absicherung der Basisfinanzierung. Siemens Healthcare wird sich ebenfalls mit 40.000 Euro beteiligen. Die Friedrich-Alexander-Universität und das Universitätsklinikum tragen jeweils 20.000 Euro zur organisatorischen Stärkung und zur Projektabwicklung bei.

Mit HFGA-Beschluss vom 10./11.02.2010 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2010 wurden der Übergang von Haushaltsmitteln in Höhe von 65.000 Euro von Amt 13 an die Abteilung „Wirtschaftsförderung und Arbeit“ beschlossen. Seit 2010 fungiert sie als Verbindungsstelle zum Medical Valley EMN e. V., weil sie diese Funktion auch für die Erlangen AG inne hat und zwischen Medical Valley EMN e. V. und Erlangen AG enge personelle und inhaltliche Verflechtungen bestehen. Dieser Mittelübergang war mit einer korrespondierenden Sach- und Personalkostenkürzung bei Amt 13 verbunden.

Aus diesen Haushaltsmitteln von insgesamt 65.000 € kann der beantragte Zuschuss von 40.000 Euro bezahlt werden.

5. Weitere Netzwerkaktivitäten des Medical Valley EMN e. V.

Neben den Aktivitäten im Rahmen der organisatorischen Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages leistet der Medical Valley EMN e.V. weiterhin Netzwerkarbeit für alle in der Europäischen Metropolregion Nürnberg angesiedelten Akteure im Bereich Medizin, Pharma und Gesundheit. Hierbei werden auch Aktivitäten der früheren Kompetenzinitiative Medizin-Pharma-Gesundheit fortgeführt. Hierzu gehören u. a. die bewährten Branchendialoge als Kontaktbörse, Unternehmerstammtische zur Vertiefung von Projektideen, die Überführung der Datenbankkontakte der Kompetenzinitiative, die Verwaltung der Internetpräsenzen sowie weitere Aktivitäten, einschließlich der Beteiligung an weiteren Wettbewerben.

Da der damit verbundene Aufwand nicht aus den Eigenmitteln des Vereins finanziert werden kann, soll ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Stadt und Verein abgeschlossen werden. Der Vertrag wird auf das Jahr 2010 befristet. Der Verein erhält eine Kostenpauschale in Höhe von 25.000 Euro.

Diese kann neben dem Zuschuss zur Etablierung nachhaltiger Clustermanagement-Strukturen aus den oben dargestellten Haushaltsmitteln von 65.000 Euro finanziert werden.

6. Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im Medical Valley EMN e.V.

Oberbürgermeister Dr. Balleis war in seiner Funktion als Vertreter der Stadt Erlangen Gründungsmitglied des Medical Valley Bayern e.V., der inzwischen in Medical Valley EMN e.V. umbenannt wurde. Von Anbeginn an war Oberbürgermeister Dr. Balleis Vorstandsmitglied, derzeit ist er zweiter stellvertretender Vorsitzender.

Bei der Vereinsgründung 2007 wurde über die Mitgliedschaft der Stadt Erlangen kein Beschluss des HFPA herbeigeführt.

Da im Medical Valley EMN e.V. alle wichtigen Akteure des Medizin- und Gesundheitsbereiches unserer Region zusammenarbeiten, ist es erforderlich, dass auch die Stadt Vereinsmitglied ist und der Vertreter der Stadt in maßgeblicher Funktion die weitere Entwicklung mitgestalten kann. Der HFPA wird deshalb gebeten, nachträglich die Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im jetzigen Medical Valley EMN e.V. zu beschließen.

Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten: Förderung für laufende Zwecke	65.000 €	bei Sachkonto: 531701
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☒ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk 531701
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II

Verantwortliche/r:
Beugel

Vorlagennummer:
II/046/2010

Entwicklung der Arbeitsplatzsituation der Siemens AG am Standort Erlangen; SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der mündliche Vortrag von Herrn Prof. Russwurm, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, in der Stadtratssitzung am 19. Mai 2010 diente zur Kenntnis. Die gegebenen Informationen und der SPD-Fraktionsantrag werden im Ausschuss diskutiert.

Der SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010 ist damit erledigt.

II. Begründung

Anlagen: SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010

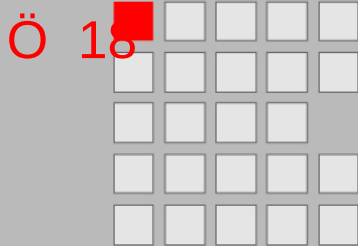
III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 02.02.2010

Antragsnr.: 011/2010

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: II/WA

mit Referat: VI

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Sicherung des Siemens-Standortes Erlangen
Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Datum
02.02.2009

die jüngsten Meldungen über die Arbeitsplatzentwicklung bei Siemens machen unmissverständlich klar, dass immer deutlicher auch der Siemens-Standort Erlangen von der Portfolio- und Krisenstrategie der SiemensAG mit bis zu 2.000 Arbeitsplätzen durch Abbau bzw. Verkauf betroffen ist.

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

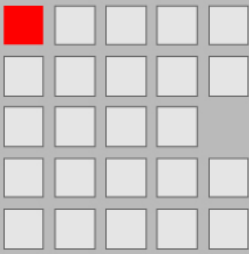
Die möglichen Auswirkungen auf unsere Stadt und die Region Erlangen machen uns große Sorgen:

Durchwahl
09131 862225

- Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Arbeitsplatzsicherheit gefährdet. Sie und ihre Familien befürchten für die Zukunft große Belastungen.
- Wirtschaft und Wissenschaft in Erlangen und Umgebung können aufgrund der wechselseitigen Beziehungen mit Siemens in ihrer Zukunftsfähigkeit bedroht sein, wenn es zu einem weiteren Bedeutungsverlust des Siemens-Standortes Erlangen kommen sollte.
- Und nicht zuletzt ist auch die Kommune durch möglich fiskalische und wirtschaftsstrukturelle Konsequenzen der wirtschaftlichen Entscheidungen bei Siemens nachhaltig betroffen.

Seite
1 von 2

Dabei ist klar, dass die Stadt weder auf der politischen noch auf der Verwaltungs-ebene direkte Einflussmöglichkeiten auf die internen ökonomischen Entscheidungen im Hause Siemens hat. Dennoch werden zukünftige Chancen und Entwicklungen des Siemens-Standorts Erlangen auch eng mit den kommunalen Voraussetzungen zusammen hängen, die hier vor Ort vorgefunden werden.
Daher beantragen wir:



Die Stadt lädt umgehend zu einer Gesprächsrunde ein, deren Ziel es ist, die kommunalen/ lokalen Voraussetzungen zu eruieren und zu bewerten, die für eine Sicherung des Siemens-Standorts Erlangen von Bedeutung sind.

Im Mittelpunkt dieser Gespräche werden wohl die infrastrukturellen Bedingungen (Flächenpolitik, Verkehrsanbindung, Bildungsvoraussetzungen, Kompetenzfeldentwicklung in der Europäischen Metropolregion u.v.a.m.) stehen.

Aber auch die so genannten „weichen Standortfaktoren“ (Attraktivität des Standorts für die Beschäftigten, insbesondere für nachgefragte Spitzenkräfte) und das häufig zitierte „Kreativitätspotenzial“ unserer Region (vgl. Richard Florida) müssen in die Überlegungen einbezogen werden. All diese aufgeführten Aspekte hängen eben auch maßgeblich von kommunalen Handlungen und Entscheidungen ab.

Zu der Gesprächsrunde sind einzuladen:

- VertreterInnen der Geschäftsführung(en) des Hauses Siemens, KollegInnen der zuständigen Betriebsratsgremien und der verantwortlichen Gewerkschaft,
- von städtischer Seite die für diese Fragen verantwortlichen Spitzen der Politik (incl. VertreterInnen der Stadtratsfraktionen) und Verwaltung

Über die Ergebnisse der Gespräche wird im Stadtrat bzw. in den zuständigen Ausschüssen kontinuierlich berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Ursula Lanig
Stellv.
Fraktionsvorsitzende

Wolfgang Vogel
Sprecher für Arbeit und
Wirtschaft

Barbara Pfister
Personalsprecherin

Gisela Niclas
Sprecherin für Soziales

Norbert Schulz
Stadtrat

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
02.02.2009

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
2 von 2

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/31/LRD-2782

Verantwortliche/r:
Herr Reiner Lennemann

Vorlagennummer:
31/034/2010

Antrag auf Förderung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	18.05.2010	Ö	Gutachten	vertagt
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	22.06.2010	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	
Stadtrat	24.06.2010	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

III, VI, 20, 24, 31, 61

I. Antrag

Die Stadt Erlangen stellt über die Forschungszentrum Jülich GmbH beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Antrag auf „Förderung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten“.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die beschlossenen Erlanger Energie- und Klimaschutzkonzepte sollen auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden.

Im Ergebnis des Prozesses zur „Wirkungsorientierte Haushaltskonsolidierung in der Stadt Erlangen“ mit dem die KGSt im Jahr 2009 beauftragt war, wurde festgestellt, dass Einsparungen im existierenden Personalumfang (eine Stelle) im Bereich Koordinierung von Klimaschutz und Energiefragen nicht zu empfehlen sind.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ein strategischer Schwerpunkt der nationalen Klimaschutzinitiative ist die Förderung von Klimaschutz in Kommunen.

Die Förderung von Klimaschutzprojekten nach der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ der Nationalen Klimaschutzinitiative wird sehr stark nachgefragt. Sie trifft bestehenden Bedarf und regt Investitionen und Wertschöpfung vor Ort an. Die Antragszahlen steigen seit 2009 kontinuierlich und übertreffen die Erwartungen des Bundesumweltministeriums bei weitem. Der Deutsche Bundestag hat im Bundeshaushalt 2010 den Haushaltstitel, aus dem die Nationale Klimaschutzinitiative finanziert wird, gekürzt und mit einer qualifizierten Haushaltssperre belegt. Für das Jahr 2010 können daher keine weiteren Projekte bewilligt werden.

Die Förderung von Klimaschutzprojekten nach der Richtlinie wird jedoch ab dem Jahr 2011 fortgeführt.

Anträge für das Jahr 2011 können ab dem 1. Oktober 2010 eingereicht werden.

Bei der Umsetzung von bereits erstellten Klimaschutzkonzepten oder Teilkonzepten kann die beratende Begleitung gefördert werden. Dazu gehören inhaltliche Zuarbeiten, fachliche Beratungstätigkeiten sowie Informations-, Schulungs- und Vernetzungsaktivitäten. Die Umsetzung der Konzepte sowie die notwendigen Investitionen liegen in der Verantwortung der Antragsteller. Wichtige Voraussetzungen für die Förderung sind die Vorlage eines Konzeptes, das nicht älter als 3 Jahre ist sowie ein Umsetzungsbeschluss des obersten Entscheidungsgremiums. Diese sind bei der Stadt Erlangen erfüllt. Förderfähig sind Sach- und Personalkosten von Fachpersonal, das im Rahmen des Projektes zusätzlich eingestellt wird ("Klimaschutzmanager"). Es werden Zuschüsse in Höhe von bis zu 70 % gewährt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Im Zeitraum der Förderung, maximal 3 Jahre, werden die laufenden Klimaschutzinitiativen weiterentwickelt und an die aktuellen Entwicklungen und den Bedarf angepasst. Externe Akteure werden beraten und unterstützt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Das BMU fördert Sach- und Personalkosten von Personal, das im Rahmen des Projektes für eine Dauer von bis zu 3 Jahren zusätzlich eingestellt wird.

Bei Eingruppierung der Stelle in EG 12 und einem Fördersatz von 70 % muss die Stadt Erlangen durchschnittlich 20.000 € Eigenmittel jährlich aufbringen.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	ca. 20.000 €	bei Sachkonto:
Folgekosten für zwei Jahre	ca. 40.000€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen Anlage 1: Fördergrundsätze, Aufgaben
 Anlage 2: Übersicht bisherige Klimaschutzaktivitäten, Fortschreibungen

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77
am 18.05.2010

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf die nächste Sitzung des UVPA vertagt.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Wüstner
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage 1

Fördergrundsätze, Aufgaben

Gefördert wird die beratende Begleitung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten oder Teilkonzepten durch unabhängige ausreichend qualifizierte Dritte oder durch eigenes, zusätzlich für diese Aufgaben eingestelltes Fachpersonal während eines Förderzeitraums von bis zu drei Jahren.

In einem Zeitrahmen von bis zu drei Jahren sind unter Anderem folgende Leistungen (Personalkosten pro Jahr und Mitarbeiter von maximal 70.000 € und angemessene Sachkosten) förderfähig:

- Projektsteuerung
- Inhaltliche Zuarbeiten zu methodischen Fragen sowie fortlaufende fachliche Beratung von Entscheidungsträgern und Sachbearbeitern in Einzelfragen
- Unterstützung bei der Vorbereitung und Planung von Entscheidungen (einschließlich Entscheidungsvorlagen)
- Systematische Erfassung und Auswertung von für den Klimaschutz relevanten Daten des Antragstellers
- Unterstützung bei der Koordinierung der Umsetzung von Maßnahmen aus den Konzepten
- Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von begleitenden Informations- und
- Schulungsveranstaltungen sowie Erstellung von Informations- und Schulungsmaterialien
- Initialisierung von Klimaschutzprojekten in Bildungseinrichtungen (z.B. Klimaschutzprojekte an Schulen – fifty/fifty-Projekte, Prämien- und Anreizmodelle, Informationskampagnen an Bildungseinrichtungen, Ermittlung von Energieeinsparungen etc.)
- Durchführung von Vernetzungsaktivitäten wichtiger Klimaschutzakteure (Workshops,
- Gespräche zur Vorbereitung von Workshops)
- Beratung zur Inanspruchnahme wichtiger Förderprogramme für die Umsetzung der Maßnahmen

Die eigentliche Umsetzung der Konzepte und notwendigen Investitionen liegen in der Verantwortung der Antragsteller.

Je nach thematischem Schwerpunkt sind dabei folgende Inhalte zu berücksichtigen:

1 Beratung und Begleitung zur Umsetzung von Wärmenutzungskonzepten

Es können Beratungsleistungen gefördert werden, die sich mit der Initiierung und Projektbegleitung von Vorhaben zur Wärmenutzung auf Basis des erstellten Wärmenutzungskonzepts beschäftigen. Dazu gehören Aufgaben wie die

- Durchführung von kommunalen und regionalen Fachforen,
- Planung und Durchführung von Beratungsaktionen,
- Beratung von Betrieben, Wohnungsbaugesellschaften, Stadtwerken- und regionalen Energieversorgern, Investoren, Bürgervereinen und anderen Interessenten bzw. potenziellen Akteuren.

2 Klimaschutzprojekte in Bildungseinrichtungen

Speziell bei Klimaschutzprojekten in Bildungseinrichtungen können für **Schulträger** u.a. folgende Beratungs- und Begleitleistungen gefördert werden:

- Initialisierung von Klimaschutzprojekten (z.B. Auftaktveranstaltung für alle Bildungseinrichtungen des Trägers oder in den einzelnen Bildungseinrichtungen)
- Vor-Ort-Begehungen zur Nutzerinformation und Datenaufnahme
- Weitere Beratungsleistungen für Bildungseinrichtungen und ihre Träger (z.B. zur Durchführung von spezifischen Motivations- und Informations-Aktionen, Einführung von Prämiensystemen, Ermittlung von Energieeinsparungen und CO₂-Minderungen durch diese Klimaschutzprojekte)

Folgende Aspekte gelten dabei als Fördervoraussetzung:

- Einführung bzw. Weiterführung eines bereits bestehenden finanziellen Anreizsystems. Die Wahl ist unter den folgenden Alternativen frei:
 - Prämiensystem mit prozentualer Beteiligung der Nutzer in Bildungseinrichtungen (fifty/fifty oder ähnliche Verteilung)
 - Budgetierungsmodell mit Verbleib oder teilweisem Verbleib eingesparter Energiekosten in der Bildungseinrichtung
 - Prämiensystem mit Unterstützung der Aktivitäten der Nutzer in Bildungseinrichtungen (pädagogisches Prämiensystem)
- Die Teilnahme am Klimaschutzprojekt sollten den Bildungseinrichtungen für mindestens weitere 3 Jahre ab Antragstellung (bei möglichst gleichbleibenden) Konditionen angeboten werden.
- Der Schulträger sollte das Projekt auf weitere Bildungseinrichtungen ausdehnen, wenn nicht bereits alle Bildungseinrichtungen am Projekt teilnehmen.
- Für jede teilnehmende Schule sollen die jährlichen CO₂-Emissionen berechnet werden.

Voraussetzungen für die Förderung sind

- dass ein Klimaschutzkonzept bzw. ein Teilkonzept, welches nicht älter als drei Jahre sein darf, vorliegt. Liegt ein solches Konzept nicht vor, kann dessen Erstellung ebenfalls gefördert werden (siehe Merkblatt „Erstellung von Klimaschutz- und Teilkonzepten“).
- ein Beschluss des obersten Entscheidungsgremiums des Antragstellers über die Umsetzung der Konzeptinhalte und den Aufbau eines Klimaschutz-Controllingsystems oder eine Verpflichtung des Antragstellers, einen solchen Beschluss innerhalb eines halben Jahres nach Bewilligung vorzulegen.

Die Förderprojekte sollen sich auf größere Einheiten beziehen, um Klimaschutzpotenziale breit und möglichst effizient zu erschließen. Anhaltspunkte für eine geeignete Projektgröße sind in der Richtlinie benannt. Förderfähig sind auch Projekte mehrerer Träger, die sich zu „Klimaschutzzentren“ zusammenschließen und relevante Vorhaben gemeinsam durchführen, um eine geeignete Projektgrößen zu gewährleisten.

So können sich beispielsweise benachbarte kleinere Gemeinden für einen Antrag zusammenfinden, um die Umsetzung begleiten zu lassen. Feste Vorgaben für die Art der Kooperationsformen gibt es nicht. Denkbar sind z.B. die Ausarbeitung von Kooperationsverträgen oder die Gründung von Arbeitsgemeinschaften. Wichtig ist die klare Definition von Zuständigkeiten der Antragspartner in Bezug auf die Fördertatbestände schon im Antrag.

1. Förderung der Erstellung von Klimaschutzkonzepten

Folgende Informationen sind nicht Bestandteil des Antrags an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie dienen als Hintergrundinformation, falls die neue Kraft die Notwendigkeit zu einer Auftragsvergabe feststellt.

Förderfähig sind Sach- und Personalkosten externer Dienstleister. Die Konzepte sollen in der Regel nach einem Jahr fertig gestellt sein. Es werden Zuschüsse in Höhe von bis zu 80% gewährt.

Anlage 2

Weiterführung des Erlanger Klimakonzeptes und entsprechender Teilkonzepte, sowie deren entsprechender Umsetzung

1 Klimaschutz-Aktionsprogramm /Ziele

1.1 Ist-Stand

s. Klimaschutzbericht 2004 (erstellt 2006)

s. Dokumentation „Erlangen auf dem Weg zur Energieeffizienz

Aktionsprogramm und Ziele

s. Stadtratsbeschluss Ende 2008

s. Artikel: Städtetag

Struktur der Umsetzung (Lenkungsgruppe EnergieeffizientER, AG Energiemanagement, AG Energieversorgung, Energierunde GEWOBAU, Kooperationen: Haus- und Grund, Handwerk, Wohnungswirtschaft etc.)

1.2 Fortschreibung der Entwicklung der Entwicklung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen 2005-2009

- Energie
- Verkehr

2 Weitere Umsetzung des Aktionsprogramms Bereich ENERGIE

2.1 Klimaschutzvereinbarungen mit relevanten Akteuren der Stadt Erlangen

- S. bisherige Vereinbarungen
- Kirchen
- Soziale Einrichtungen
- Gesundheitswesen
- Sparkasse
- Unternehmen
- Planer/Architekten
- Wohnungswirtschaft

2.2 Energieeffiziente Bauleitplanung/Energieeffizienter Neubau

- Organisation: AG Energieversorgung
- Festlegung des Energiestandards in Kaufverträgen für Wohngebiete (s. Beilage)
- Energieversorgung 410
- Städtebaul. Wettbewerb – Umsetzung des Ergebnisses (s. Beilage)
- Bauherren-Beratung Erlangen-West /Passivhaus-Förderung für Erlangen-West (s. Beilage)
- Gewerbegebiet G6 /Tennenlohe
- Weitere Planungen
- Kooperation mit Bauträgern und Architekten

2.3 Weitere Umsetzung des Wärmeversorgungskonzeptes

- Organisation: AG Energieversorgung
- Ausbau der Fernwärme: Uni Süd
- Aufbau weiterer Nahwärmeversorgungskonzepte (s. Beilage)
- Ausbau der dezentralen KWK (s. Beilage)
 - Wohnungswirtschaft
 - soziale Einrichtungen, Hotels und Gastronomie

2.4 Umsetzung des Aktionsprogramms bei den städt. Einrichtungen

- Organisation: AG Energieversorgung; Kooperation mit den EStW
- Kooperation mit dem GME
- EB 77
- EBE
- Tiefbauamt/Beleuchtung

2.5 Initiative „Energieeffizienz im Einfamilienhausbestand“

- S. EFH-Bericht 2009/2004
- Studie der Ohm-Hochschule
- Kooperation mit Handwerk und Energieberatern
- Ausbau des Beratungskonzeptes (Stadt Erlangen, EstW)

2.6 Initiative „Energieeffizienz im Geschosswohnungsbestand“

2.6.1 Energiemanagement bei der GEWOBAU-Erlangen

- Ist-Stand: s. Heizenergiebilanz 2007
- GEWOBAU-Energierunde: Mitwirkung bei allen energierelevanten Projekten der GEWOBAU-Erlangen
- Energiemanagement bei der GEWOBAU-Erlangen

2.6.2 Kooperation mit der Wohnungswirtschaft

- Wohnungsunternehmen und Hausverwaltungen
- Haus- und Grundbesitzerverein: Kooperation und Veranstaltungen

2.6.3 Mieter-Beratung

2.7 Stromeffizienz bei Privathaushalten

- EstW-Beratung (s. Beratungskonzept)
- Konzept für einkommensschwache Haushalte

2.8 Energieeffizienz in „Öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen, Gewerbe“

- Organisation: AG Energiemanagement
- Energieeffizienz bei Nichtwohngebäuden / Neubau/Sanierungsmaßnahmen
- Energieeffizienz im Elektrizitätsbereich
- Kooperation mit der IHKG
- Kooperation mit Handwerk und mittleren Unternehmen
- Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen
- Kooperation mit Handel/Gastronomie etc.

2.9 Regenerative Energien

2.9.1 Photovoltaik

Kooperation mit möglichen Investoren

2.9.2 Solarthermie

- EstW-Beratung
- S. Förderprogramm

3 Umsetzung des Aktionsprogramms

Bereich VERKEHR

3.1 Emissionsbilanz

Emissionsbilanz Verkehr (Kfz-Verkehr, öffentlicher Verkehr (Bus und Bahn))

3.2 Klimaverträgliche Verkehrsentwicklungsplanung

- Umweltverbundgipfel (bisher zwei Tagungen mit den wichtigsten Akteuren auf Angebots- und Nachfrageseite). Anstehende Aufgaben im Umweltverbundgipfel: Semesterticket Universität, Jobticket Stadtverwaltung, Stadt- Umlandbahn.

3.3 Fahrradverkehr

Ernennung eines Fahrradbeauftragten am 20. Januar 2009

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	1
------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 6 Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen	
Beschlussvorlage I/001/2010	3
Geschäftsbericht 2009 I/001/2010	5
TOP Ö 7 Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker	
Beschlussvorlage 40/025/2010	16
Entwurf der Gebührensatzung Technikerschule_Anlage 25 5 10 40/025/201	18
TOP Ö 8 Konzept zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen	
Beschlussvorlage eGov/002/2010	20
Anlage 1 Protokollvermerk Schula vom 11.03.2010 eGov/002/2010	24
TOP Ö 9 Personalbericht 2009	
Beschluss Stand: 12.05.2010 11/010/2010	25
TOP Ö 10 Inhaltliche Abstimmung der Arbeitsprogramme des Personal- und Organisa	
Beschlussvorlage 11/014/2010	26
Arbeitsprogramm_2011_Amt_11_v_E1 11/014/2010	27
TOP Ö 11 Inhaltliche Abstimmung des Arbeitsprogramms für das eGovernment-Center	
Beschlussvorlage eGov/005/2010	34
Entwurf des neuen Formulars "Arbeitsprogramm 2011" des eGovernment-Cen	36
TOP Ö 14 Mittelbereitstellung für IP Nr. 111.350 - Büroeinrichtung, Maschinen i	
Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 15.06.2010 243/002/2010	41
TOP Ö 15 Mittelbereitstellung für IvP-Nr. 217B.401A, Sanierung Christian-Ernst-	
Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 15.06.2010 242/043/2010	44
TOP Ö 16 Weiterentwicklung der Arbeitsprogramme; hier: Stadtkämmerei (Amt 20)	
Beschlussvorlage II/044/2010	47
Entwurf Kämmerei zu Position 6 des neuen Formulars Arbeitsprogr II/04	48
TOP Ö 17 Zukünftige Entwicklung des Medical Valley Europäische Metropolregion N	
Beschlussvorlage II/045/2010	51
TOP Ö 18 Entwicklung der Arbeitsplatzsituation der Siemens AG am Standort Erlan	
Beschlussvorlage II/046/2010	55
011_2010_SPD_Sicherung des Siemens Standortes Erlangen II/046/2010	56
TOP Ö 19 Antrag auf Förderung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten beim Bunde	
Beschluss Stand: 18.05.2010 31/034/2010	58
Anlage 1 Fördergrundsätze 31/034/2010	61
Anlage 2 Weiterführung des Erlanger Klimakonzeptes und entsprec 31/03	63
Inhaltsverzeichnis	67